



Gorleben Rundschau

Wir sind die Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

VII-VIII/2018 • #1067

Öffentlichkeitsbeteiligung

Jahrzehntelang von den Gorleben-Gegner/-innen gefordert, ist nun endlich eine Beteiligung der Gesellschaft im „lernenden Verfahren“ der so genannten „neuen Endlagersuche“ verankert. Doch taugt sie wirklich dazu, Bedenken und Anregungen einer breiten Öffentlichkeit aufzunehmen und die Suche transparenter zu machen? Die Anti-Atom-Bewegung bezweifelt das und kritisiert den Weg einmal mehr.

Francis Althoff

Er hat die Auseinandersetzungen um Gorleben vom Beginn an mitgeprägt: Nachdruck eines Interviews mit Francis Althoff anlässlich seines überraschenden Todes.

So viele PROBLEME,
und so wenig
WIDERSTAND!

Mit einem sehr traurigen Ereignis begann dieser ungeheure Sommer: Unser Freund und Mitstreiter Francis starb plötzlich und überraschend. Er ging, wie er gelebt hatte: leise, sanft und bewusst und ganz nah an der Mutter Erde. Wir verabschiedeten ihn, wo er uns verließ – an den Atomanlagen im Gorlebener Wald. Unter dem Eindruck seines Todes hat auch die Orga-Gruppe beschlossen, das diesjährige Sommercamp in Gorleben abzusagen. Wie zum Andenken an seinen suffizienten Lebensstil passte die Veranstaltung „Buen Vivir – das Recht auf ein gutes Leben“ mit dem Wirtschaftswissenschaftler Alberto Acosta Espinosa, dem Wachstumskritiker Prof. Niko Paech und der „Stimme Lateinamerikas“ Gruppo Sal, die von der WachstumsWende Wendland, der ANU (Arbeitsgemeinschaft Natur und Umwelt) und der BI veranstaltet wurde. Während die Sonne industriell klimaverwandelt den Bauern die Existenzen verdörnt, ist auch die atomindustrielle Entsorgung nun in die erste heiße Phase gestartet: Lückenhafte Geodaten aus den Bundesländern sollen mit den



Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-Dannenberg

Daten der am besten erkundeten geologischen Formation der Welt verglichen und Ausschlusskriterien zur Anwendung gebracht werden, die - angeblich abstrakt - mit eben diesem konkreten Salzstock Gorleben vor Augen entwickelt wurden. Derweil die politisch Verantwortlichen vorerst das Heft des Handelns an die Be-

hörden delegiert haben, stellt sich für uns Betroffene die Frage, wie sinnvoll unsere Beteiligung an Sitzungen des Nationalen Begleitgremiums sein kann, wenn dieses womöglich nur als Pufferzone für unsere Kritik dient und überhaupt keinen relevanten Einfluss auf die Rahmenbedingungen und das Verfahren einer von Vorfestlegungen dominierten Endlagersuche ausübt. Dennoch bringen wir uns punktuell dort ein, weil wir die Verantwortung verspüren, derzeit noch exemplarisch und stellvertretend auch für alle zukünftig in den Fokus genommenen Standorte zu stehen. Im Gegensatz zu diesen, denen am Ende gerade noch drei Monate zur wissenschaftlich fundierten qualifizierten und einmaligen Stellungnahme verbleiben werden, schauen wir aber schon auf 41 Jahre Erfahrung mit Verfahren simulierter Öffentlichkeitsbeteiligung zurück und haben unsere Anforderungen an ein solches Verfahren schon längst im Konsens mit Standortinitiativen der gesamten Republik formuliert. Für uns gilt, was immer galt: Gorleben ist überall!

Eines noch zum Schluss: Wenn Sie zu den Glücklichen gehören, die diese Tage Sonne, Wind und Meer grenzenlos freizügig genießen dürfen, wenden Sie doch bitte auch einen Augenblick Ihre Aufmerksamkeit denjenigen unglückseligen Kriegs- und Klimaopfern und Leidtragenden einer ausbeuterischen Wirtschaftspolitik zu, die man nun in euphemistischen „Transitzentren“ zu ihrer „beschleunigten Rückführung“ internieren will nachdem man deren Seenotrettung schon schleichend kriminalisiert hat. Vielleicht haben Sie für diese Menschen ja auch noch „ein bisschen übrig“ ... Nieder mit den Mauern in den Köpfen! Eine bessere Welt ist möglich!

Impressum

40. Jahrgang
Ausgabe 1067
Juli, August 2018

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841 - 4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V. i. S. d. P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk),
Nora Krohn (nk)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Helga Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Birgit Huneke

www.Gorleben-Archiv.de

Unsere Geschichte

Neun Tage vor dem ersten angekündigten Castortransport beginnen Atomkraftgegner/-innen am 2. Juli 1994 im Gorlebener Wald mit dem Bau eines Hüttendorfs: Castornix. Die Straße wird blockiert und teilweise unterhöhlt, ein Belagerungsturm vor dem Zwischenlager errichtet, Hütten gebaut. Rund 30 Trecker der Bäuerlichen Notgemeinschaft blockieren das Zwischenlager. Die Botschaften: „Kummt de Atomschiet in de Kiste, stellt wi den Traktor up de Piste“ oder „Der Schiet wird immer blöder, erst der Albrecht, nun der Schröder“. Am 13. Juli wird Castornix von der Polizei geräumt. Der Turm wird zersägt, Untertunnelungen wieder zugeschüttet und 400 Demonstrant/-innen wegtragen. Die Hütten bleiben verschont. Begründung: der Erlass eines Versammlungsverbots um die Atomanlagen Gorleben, das gelten soll, bis der Transport aus dem AKW Philippsburg das Zwischenlager erreicht hat. Zwei Tage später gibt Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) jedoch bekannt, dass der Castor nicht vor Ende der Sommerferien rollen kann. In der Urlaubszeit stünden nicht genügend Einsatzkräfte zur Verfügung. Das Versammlungsverbot wird aufgehoben, noch am selben Abend kehren die ersten wieder in das Hüttendorf zurück. Mit mehreren tausend Menschen und einem Open-Air-Konzert wird der Wiedereinzug gefeiert, am Hüttendorf weitergebaut und das Dorfleben wieder aufgenommen. Nach vier Wochen Widerstand entschließen sich die Bewohner/-innen, das Castornix wegen der Waldbrandgefahr zu verlassen und an die Elbe zu ziehen. Es war ein heißer Sommer, 1994, und Francis die ganze Zeit dabei. (bh)

Gorleben I 26 Rostfässer in Gorleben

Im Lager für schwach- und mittelaktiven Müll in Gorleben sind bei der Inspektion aller 1309 eingelagerten Fässer in den vergangenen zwei Jahren insgesamt 26 angerostete und beschädigte Behälter gefunden worden. Dies geht aus einer Antwort des Umweltministeriums auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Miriam Staudte (Grüne) hervor. Von den Fässern waren 17 korrodiert, die übrigen wiesen Deformationen oder Farbabplatzungen auf.

Die Mängel waren 2014 entdeckt worden. Der damalige Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) und der Betreiber verständigten sich darauf, keine weiteren Behälter einzulagern. Sie beinhalten Abfälle aus Atomkraftwerken und schwach radioaktives Material aus Forschung und Industrie. (gr)



Fasslager in Gorleben

Gorleben II Viele Fragen – neue Transporte

Das Abfalllager für schwach- und mittelaktive Abfälle in Gorleben muss am Ende komplett geräumt werden. Das bestätigten der technische Geschäftsführer der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) Wilhelm Graf und ihr Abteilungsleiter Dr. Michael Hoffmann auf Nachfrage. Dabei wurde deutlich, dass nicht nur die bekannten 1309 Einzelfässer, deren Lagerungsgenehmigung ausläuft, ausgelagert und in Jülich nachkonditioniert werden müssen, auch alles andere „muss raus“, erklärten sie auf Nachfrage der Bürgerinitiative Lüchow-Danzenberg (BI). Der Grund: Auch die sogenannten „konradgängigen“ Container, die in Gorleben lagern, entsprechen nicht mehr den Einlagerungsbedingungen, sollte der Schacht Konrad bei Salzgitter tatsächlich eines Tages als nukleares Endlager genutzt werden. Wer glaubt, dass das Abfalllager damit sukzessive geräumt würde, wurde enttäuscht, so die BI, denn neue Einlagerungen von Mosaikbehältern mit mittelaktiven Abfällen seien anvisiert. „Der Atommülltourismus geht also weiter“. Die Frage nach einem Brandschutzkonzept für das Abfalllager konnte die BGZ-Spitze nicht beantworten. Dr. Hoffman erklärte, dass es derzeit keine Berechnungen gäbe, wie sich eine radioaktive Wolke im Fall eines Brandes im Abfalllager verbreitet. Zwischenzeitlich ruderte die BGZ zurück und korrigierte gegenüber der BI diese Aussage. „Wir wollen diese Unterlagen einsehen und prüfen, ob das Sicherungskonzept noch aktuell ist“, kündigte ein BI-Sprecher an. Denn Fässer und die Abfallgebände würden beispielsweise keinerlei Schutz bei einem Flugzeugabsturz bieten. (we)

Früher dachte ich, dass die größten Umweltprobleme der Verlust der Artenvielfalt, der Kollaps der Ökosysteme und der Klimawandel wären. Ich dachte, 30 Jahre gute Wissenschaft könnten diese Probleme angehen. Ich habe mich geirrt. Die größten Umweltprobleme sind Egoismus, Gier und Gleichgültigkeit, und um mit ihnen fertig zu werden, brauchen wir einen kulturellen und spirituellen Wandel. Und wir Wissenschaftler wissen nicht, wie man das macht.

Gus Speth, Prof. für Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung an der Yale University und Berater von Jimmy Carter und Bill Clinton

Gorleben III

Anti-Terror-Mauer um das Zwischenlager

Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) als zuständige atomrechtliche Genehmigungsbehörde hat der BGZ die sechste Änderungsgenehmigung für das Zwischenlager Gorleben erteilt. Diese Genehmigung ist eine der Voraussetzungen für Nachrüstungen in der Anlagensicherung. Hierzu gehört der Bau zusätzlicher, von außen sichtbarer Wände am Zwischenlagergebäude. Neben der atomrechtlichen Genehmigung ist für die BGZ zusätzlich auch eine baurechtliche Genehmigung des Landkreises Lüchow-Dannenberg erforderlich,

um die Maßnahmen umsetzen zu können. Diese baurechtliche Genehmigung steht derzeit noch aus. Sobald alle erforderlichen Genehmigungen vorliegen, wird die BGZ das Vergabeverfahren für die Baumaßnahmen in die Wege leiten. ➡¹

Genutzt wird das Zwischenlager Gorleben für die Aufbewahrung von Behältern mit hochradioaktiven Abfällen (Brennelemente aus Kernkraftwerken sowie Glaskokillen mit Abfällen aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im Ausland). (we)



Castorhalle im Zwischenlager Gorleben

Pilotkonditionierungsanlage



Gorleben IV

Kommt das Aus für die Pilotkonditionierungsanlage?

Die Übernahme der zwölf kraftwerksnahen Zwischenlager durch die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) zum 1. Januar 2019 und weiterer zwölf Lager mit schwach- und mittelaktiven Abfällen ein Jahr später zum 1. Januar 2020 sieht Dr. Hans-Jürgen Brammer als eine „sportliche Herausforderung“. Der Geschäftsführer der Brennelementelagergesellschaft Gorleben (BLG) und sein BGZ-Kollege Burghard Rosen erläuterten auf einem Fachworkshop des „atommüllreports“ ➡² ihre Planungen und Schwierigkeiten, die aus der gesetzlichen Neuordnung der Zuständigkeiten bei der Atommüll-

gerung resultieren. Auf Nachfrage der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg kam auch heraus: Für die Konditionierung des Atommülls wird wohl in keinem Fall die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) in Gorleben genutzt: „Das ist ausgeschlossen!“, so Jürgen Brammer. Die BGZ erarbeite gegenwärtig Konzepte mit dem Ziel, diese kostspielige Anlage atomrechtlich loszuwerden. Das Ziel, so Brammer, sei die Stilllegung. Dazu gehöre auch, dass für den Fall, dass eine Wartung von defekten Castorbehältern notwendig würde, Alternativen vorhanden seien, die die PKA überflüssig machten. So könnte die PKA – in den 90er-Jahren für 400 Millionen Euro erbaut und nie in Betrieb gegangen – zu einem weiteren Mahnmal fehlgeleiteter Energiepolitik werden. Die Kraftwerksbetreiber wollten mit der Anlage Verfahren entwickeln, Brennelemente aus den Transportbehältern (Castor) zu entnehmen, sie zu zerkleinern und in kleinere Endlager-Behälter (Pollux) umzupacken. (we, ac)



Torben Klages

BI-BÜro

Aktion und Politik

Wir blicken zurück auf eine wundervolle Landpartie: Tausende Menschen nahmen an der kulturellen Widerstandspartie teil und besuchten unser Info-Zelt in Mützingen. Zudem nahmen hunderte Menschen an den Vorträgen in Gorleben teil. Wir sind froh, dass wir so viel Zuspruch ernten konnten und hoffen, dass sich unser Landkreis so gezeigt hat, wie wir ihn am liebsten haben – bunt, lebensfroh und naturnah.

Ein großer Dank an dieser Stelle auch an die vielen helfenden Hände!

Bereits kurz nach der kulturellen Landpartie machte sich ein Team von uns auf den Weg nach Lingen. Dort fand Anfang Juni eine Demo vom AKW Emsland zur Brennelementefabrik statt. „Atomrisiko jetzt beenden“ war das Motto, und es rückte die Bedeutung der Atomanlagen noch einmal in den Fokus. „Buen Vivir – das gute Leben“ war die Botschaft Ende Juni und damit Wegweiser für die Sommerpause. Die Veranstalter von der WachstumsWendeWendland kooperierten mit dem Arbeitskreis Natur und Umwelt und der BI und machten den großen Saal im Verdo in Hitzacker voll. Hunderte Menschen lauschten gebannt den Worten des ehemaligen ecuadorianischen Ministers Alberto Acosta. Mit von der Partie war auch der bekannte Ökonom Niko Paech, der ebenso anschaulich wie eindringlich das Konsumverhalten unserer Gesellschaft und deren Folgen durchleuchtete. „Ein gutes Leben durch Verzicht“ ist angesichts des gesellschaftlichen Konsumverhaltens nicht nur ein Appell, sondern für ein gemeinsames, solidarisches Leben der Menschen auf dieser Erde unverzichtbar. Dies stellten beide Referenten heraus. (tk)



Andreas Conradt

Editor's Corner

Ich bin gegen die Umwelt!

Frei nach Heinz Rudolf Kunze:
„Ich bin gegen die Umwelt. Ich bin für ungebremsten Straßenbau, nuklearen Showdown und die vollständige Vernichtung der zivilisierten Welt. So! Vielleicht regt wenigstens das noch einen auf. Für die Umwelt sind ja alle.“

Wie kann es sein, dass auf politischer wie auf privater Ebene alle Umweltschutz proklamieren oder fordern – jeweils natürlich mit den unrühmlichen Ausnahmen, deren Weltbild aus Volksempfänger oder Privatfernsehen rührt –, aber kaum jemand Maßnahmen umsetzt, die weitere Zerstörung stoppen oder auch nur bremsen würden?

Ausweislich der kürzlich erschienene Naturbewusstseinsstudie des Umweltministeriums haben die Deutschen erkannt, dass der Raubbau an der Natur ein Ende haben muss. Nur bringen sie diesen Raubbau offenbar nicht mit ihrem eigenen Lebensstil in Verbindung: Selbst in Kreisen engagierter Umweltschützer werden Smartphones gekauft, Flüge gebucht, Diesel gefahren.

Das gleiche Phänomen in der Politik. Auch da wird Umweltschutz groß geschrieben und nimmt großen Raum in Koalitionsverträgen und allerlei Klimaschutzvereinbarungen ein. Nur die avisierten Ziele werden mit schöner Regelmäßigkeit verpasst, auf später verschoben oder erhöht. Kein Wunder, wenn in Stadt, Land und Gemeinde völlig unbeeindruckt weiter Straßen gebaut, Bäume gefällt und Flächen versiegelt werden.

„Wasch mich, aber mach mich nicht nass“, scheint das Motto von Regierenden und Regierten zu sein. Eine unheilvolle Symbiose – zum scheinbaren Wohle des Einzelnen und zum sicheren Schaden aller! (ac)

**Wendland I
Malen am „Endlager“**

Die Berliner Galerie ROOT hat zum wiederholten Mal eine Tour im Projekt „ROOT on the road“ ^{➡3} durchgeführt. Die beiden Künstlerinnen Marita Czepa und Ute Wöllmann sind über Land gefahren und haben ihre Kollegin Irmgard Bornemann im Wendland besucht. Auf dem Weg entlang der Castor-Transport-Stecke veranstalteten sie öffentliche Pleinair-Malaktionen. Ziel war das Zwischenlager Gorleben. Marita Czepa malt oftmals an und vor Orten, denen durch den Menschen drastische Veränderungen bevorstehen. Ihr liegt die Bewahrung der Natur und mit ihr die Bewahrung der menschlichen Existenz auf dieser Erde am Herzen. Sie thematisiert in ihren Arbeiten die Gefährdung der Natur durch den Menschen. Als Konsequenz dieser Haltung hat sie in den zurückliegenden Jahren keinerlei Papier mehr gekauft, sondern ihre Zeichnungen und farbkräftigen Aquarelle ausschließlich auf gefundenen oder gebrauchten Materialien gearbeitet: Papiertüten, abgerissene Plakate, auf der Straße gefundene Kartons, alte und gebrauchte Briefumschläge, alte Karteikarten. In dieser Kombination sind eindringliche Arbeiten entstanden. Ute Wöllmann transferiert Strukturen in der Natur in malerische und zeichnerische Strukturen. Dabei interessiert sie die emotionale Erregtheit, die Naturbetrachtungen beim Menschen auslösen können. Unscheinbare Ausgangspunkte in der Natur, wie der Blick ins Unterholz und auf Wiesensestücke, sollen beim Betrachter durch die Schönheit der Malerei eine vergleichbare Erregtheit erzielen, wie sie sich beispielsweise beim Betrachten von Sonnenuntergängen einstellt. Irmgard Bornemann wohnt und arbeitet in Dannen-



berg im Wendland. Die Weiden ihrer Heimat hat sie immer schon in Skizzen festgehalten. Das Thema Baum findet sich in ihren neusten Bildern in Form von Rindencollagen in der pastosen Ölmalerei. Dabei konfrontiert sie die krustige Struktur und teilweise auch die Farbigkeit des natürlichen Rindenmaterials mit der künstlichen Farbigkeit eines Kadmiumgelbs. Mit dem pastosen Farbkörper der Ölfarbe imitiert sie die Körperlichkeit der Baumrinde. „Kein Mensch weiß“, sagen die beiden Berliner Künstlerinnen, „dass die Castorbehälter mit dem Atommüll gar nicht unter der Erde im Salzbergwerk Gorleben lagern, sondern auf der anderen Straßenseite in einer Lagerhalle! Das hat uns entsetzt! Wie lange ist das sicher? Und ringsum die schönste Biosphärenreservat-Landschaft entlang der Elbtalauen...“ (pm)



**Wendland II
Geliebte Geschichte**

Horst Wiese ist Bauer und Gastwirt und Ur-Wendländer. Als er Wind davon bekam, dass in Gorleben, der gesamte Atommüll des Landes unter die Erde gebracht werden sollte, organisierte er Trecker-Demos und Protest-Camps. Dabei erlebte er spannende und bisweilen skurrile Geschichten, die er jetzt der Dannenbergerin Sibylle Plogstedt ins Mikrofon sprach. Die Journalistin hat daraus ein Radio-Feature für WDR5 gemacht, das in der dortigen Mediathek ^{➡4} zum Hören bereitsteht. (pm)



Wendland III

Demo in Lüchow: Solidarität mit Bure

Ende Juni haben in Lüchow rund 50 Menschen aus dem Wendland und der Altmark ihre Solidarität mit dem Widerstand im französischen Bure Ausdruck verliehen. Vehement erklärten sie ihren Unwillen gegenüber den Hausdurchsuchungen und In-gewahrsamnahmen in Frankreich in der Woche zuvor.

In der Region rund um das Atomendlager in Frankreich, zu dem schon bald der erste strahlende Müll über Schienen transportiert werden soll, stürmte die Polizei mehrere Häuser, Projekte und Höfe. In Paris wurde zeitgleich der Anwalt der Bewegung festgenommen und seine Kanzlei durchsucht. „Die Repression richtet sich auch gegen Legal-Strukturen, zielt jedoch auf das widerständige

Leben insgesamt ab“, so die Veranstalter/-innen. In die Dörfer rund um Bure zögen immer mehr Menschen und gründeten Projekte und WGs. Eine Demonstration, die ebenfalls Ende Juni in Barle-Duc unweit von Bure stattfand („Ein Tag gegen den nuklearen Müll“), könne als Zeichen für ein Erstarren einer breiten Bewegung gewertet werden. Dies sei der Polizei in Frankreich ein Dorn im Auge. Sie befürchte, der Widerstand drohe sich zu verfestigen. Der Atomstaat versuche dies durch eine Militarisierung der gesamten Region zu verhindern: Besatzung, Überwachung, Kontrollen, Hausdurchsuchungen und Verurteilungen gehörten mindestens seit der Räumung eines besetzten Waldes auf der Endlagerbaustelle im Februar zum Alltag. „Wir wollen uns davon nicht einschüchtern lassen“, so die Aktivist/-innen in Lüchow, „und die Zeichen stehen nicht schlecht, dass wir und die Leute in Bure das auch schaffen werden. Aber wir sagen ganz klar, dass es mehr Unterstützung für den Kampf in Bure braucht. Noch ist nichts entschieden.“ Darauf habe man in Lüchow aufmerksam machen wollen. (gr)

Atomtransporte I

Castortransporte erst ab 2019

Vertreter der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) haben kürzlich Darstellungen der Presse zurückgewiesen, nach denen schon in diesem Jahr ein Castortransport aus dem Ausland nach Deutschland stattfinden könnte. Nach Angaben der BGZ sehen die Planungen vielmehr vor, dass 2019 der Transport vom französischen La Hague in das AKW Philippsburg durchgeführt werden soll. Erst danach kommen die 21 Behälter aus England zurück nach Deutschland. In den Jahren 2020 bis 2022 sollen die Lieferungen zu den AKWen Isar, Biblis und Brokdorf erfolgen – eine Atommüllfuhr pro AKW und Jahr. In welcher Abfolge die Transporte stattfinden sollen, wurde nicht genannt. Auch über den logistischen Ablauf wird noch geschwiegen. Klar ist, dass die Atommüll-Behälter aus Sellafield mit dem Schiff kommen werden. Wo sie entladen werden, ist noch unbekannt. Atomkraftgegner/-innen diskutieren bereits Protest-Konzepte. (gr)

Atomtransporte II

Hafen weiter Drehscheibe

Trotz des freiwilligen Verzichts der HHLA werden im Hamburger Hafen offenbar weiter Kernbrennstoffe umgeschlagen. Die Umweltschutzorganisation Robin Wood verweist in diesem Zusammenhang auf eigene Beobachtungen von Entladungsvorgängen der „Link Star“ am 15. und 29. Juni. Angesprochen auf den freiwilligen Verzicht auf den Umschlag von Kernbrennstoffen ließ die Pressesprecherin der HHLA durchblicken, dass noch laufende Vereinbarungen erfüllt würden. Die HHLA werde sich an die Verzichtserklärung halten, einen festen Termin, wann der letzte Kernbrennstoff-Transport bei der HHLA umgeschlagen wird, nannte sie aber nicht. (pm)

Gorleben

(Atom-)Fass ohne Boden

Sonderliches förderte eine parlamentarische Anfrage der Grünen zu Tage: Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), eine Postkastenfirma, deren Aktenbestände von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) verwaltet werden, verdient sich an Gorleben unbefristet dick und dämlich. Die DWK hatte mit aggressiven Grundstücksaufkäufen Ende der 70er-Jahre ein Gelände von 650 Hektar Wald erworben, auf diesem Gelände sollte ursprünglich das „Nukleare Entsorgungszentrum“ (NEZ) errichtet werden. Daraus wurde bekanntlich nichts, der Widerstand gegen diese Pläne war so heftig, dass der damalige Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) den legendären Satz sagte, der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage sei „politisch nicht durchsetzbar“. Vorangetrieben wurden aber die Pläne, in Gorleben oberirdisch die atomaren Zwischenlager zu errichten. Seit 1986 wurde zudem ein Bergwerk im Salzstock Gorleben-Rambow aufgefahren und unter dem Deckmantel „Erkundung“ mit der Errichtung eines Atommüllendlagers begonnen. Für die Salzrechte wurden der DWK im Jahr 2015 vom Bund als Einmalzahlung 277 697,20 Euro überwiesen, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage. Für die 37 Hektar, auf denen die Atomanlagen und das Bergwerk stehen, kassiert die DWK jährlich 43 000 Euro – unbefristet, zumindest solange, wie Gorleben als mögliches Endlager vorgehalten wird. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Gorleben ist für die Steuerzahler ein Fass ohne Boden. Die Arbeiten unter Tage werden bis zum Rückbau eines Erkundungsbereiches ohnehin jährlich mit 40 Millionen Euro veranschlagt, der dann folgende Offenhaltungsbetrieb schlägt immer noch mit 30 Millionen Euro zu Buche. Und das alles, weil die Politik nicht bereit war, konsequent unter Gorleben einen Schlussstrich zu ziehen.“ (gr)

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird von der staatlichen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) betrieben. Das TBL befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und umfasst:

- ▶ Das Fasslager für schwach und mittel aktiven Müll (LAW und MAW). Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische LAW- und MAW-Gebinde angeliefert und abtransportiert.
- ▶ Die oberirdische Castorhalle hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt nur durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- ▶ In der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) sollte ursprünglich getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Sie steht seit einiger Zeit wieder im Fokus, weil in der PKA schadhafte Behälter repariert werden könnten. Bislang aber ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Bundesgesellschaft für Entsorgung (BGE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

- ▶ Das Bergwerk wurde größer aufgeföhren, als es für die reine Erkundung notwendig wäre. Kritiker befürchten deshalb, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist für 2018 angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!

Ausland I Schwimmendes Atomkraftwerk

Ein schwimmendes russisches Atomkraftwerk  soll künftig Strom für die Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen in der Arktis liefern. Um die Reaktoren an ihrem entlegenen sibirischen Zielhafen Pewek betreiben zu können, ist auch ein atomares Zwischenlager für hochradioaktiven Atommüll auf dem Schiff. Abgebrannte Brennelemente sollen dort bis zu zwölf Jahre gelagert werden. „Das schraubt die Gefahr eines Atomunfalls auf ein unbekanntes Niveau“, kommentierte Greenpeace-Atomexperte Heinz Smital anlässlich der Schleppfahrt durch die Ostsee Anfang Mai. „Selbst Atom-U-Boote kommen zum Brennstoffwechsel in die Werft. Hoch radioaktive Abfälle über viele Jahre an Bord zu lagern und zu wechseln, womöglich unter widrigsten arktischen Wetterbedingungen, widerspricht jedem Sicherheitsdenken.“ Der Stapellauf der „Akademik Lomonosov“ gilt als Startsignal für eine weltweit neue nukleare Nutzung. Zum einen will Russland zukünftig mehrere Schwimmeiler einsetzen, um territoriale Ansprüche zu sichern und die Öl- und Gasvorkommen in der Arktis auszubeuten. Diese werden in der Rus-

sischen Strategischen Energieplanung bis 2035 auf 90 Milliarden Tonnen Öl-Äquivalent geschätzt, fast 300-mal mehr, als das Brent-Ölfeld in der Nordsee seit 1975 geliefert hat. Auch enorme Mengen von Erdgas werden genannt: 74 Billionen Kubikmeter. Der staatliche russische Betreiber „Rosatom“ plant zudem, mit den riskanten mobilen Meilern neue Kundenkreise zu erschließen. Laut russischen Medien haben 15 Länder, darunter China, Algerien, Indonesien, Malaysia und Argentinien Interesse an schwimmenden Anlagen gezeigt, um entlegene Regionen mit Strom zu versorgen oder fossile Rohstoffe auszuheben. „Über alle Meere könnten so in Zukunft schwimmende AKW mit hochradioaktiven Zwischenlagern schippern“, so Smital. (pm)



Ausland II Aktivisten protestieren für ein nuklearfreies Europa

Für eine Energiewende in Europa haben Umweltaktivisten von Greenpeace und der Anti-Atom-Bewegung „Stop Tihange“ Mitte Mai zur Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen demonstriert. Aktivisten entrollten am Rathausplatz ein 40 Quadratmeter großes Banner mit der Forderung „Build a nuclear free Europe! Stop Tihange & Cattenom“. Der Karlspreis ging in diesem Jahr an den französischen Präsidenten Emmanuel Macron für seine Vision eines neuen Europas und einer engen Zusammenarbeit von Völkern und Nationen. „Der französische Präsident verantwortet mit sei-

ner veralteten Energiepolitik die marodesten Atommeiler Europas – das verbindet Völker und Nationen nicht, sondern gefährdet sie“, sagte Heinz Smital, Atomexperte von Greenpeace. Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt zur Verleihung des Karlspreises die Laudatio für Macron. „Merkel sollte Macron von der Energiewende überzeugen. Rücksichtnahme auf die Nachbarstaaten sieht anders aus“, so Smital. (pm)

Atomgesetz

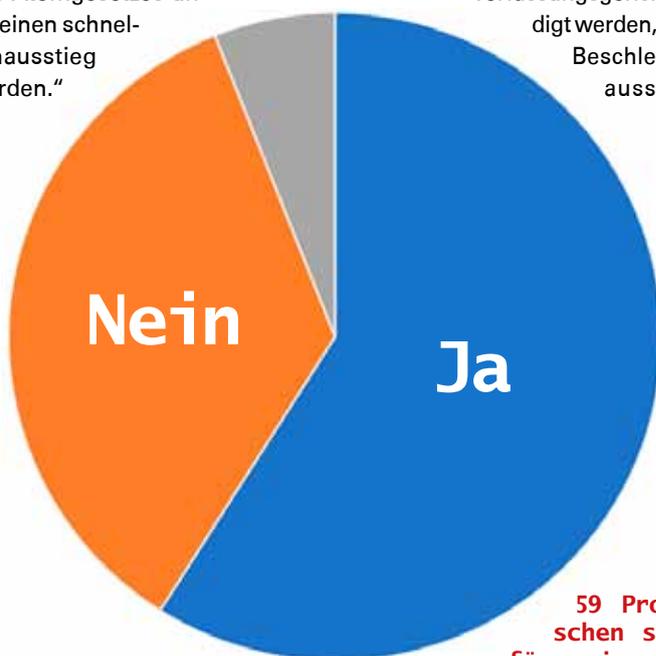
Atomkraftwerke verstopfen die Netze

Umweltverbände und -initiativen kritisieren, dass der Ende Mai vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf für das neue Atomgesetz keine Beschleunigung des Atomausstiegs in Deutschland bringt. „Die Atomkraft bedeutet ein großes Risiko für die Bevölkerung und ein zunehmendes Problem für die Energiewende“, sagte der Vorsitzende des Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), Hubert Weiger. „Deshalb müsste die Überarbeitung des Atomgesetzes unbedingt für einen schnelleren Atomausstieg genutzt werden.“

Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Initiative, ergänzte: „Die Übertragung von Reststrommengen bereits abgeschalteter Reaktoren auf norddeutsche AKW muss untersagt werden. Denn die Meiler in Brokdorf, Lingen und Grohnde verstopfen die Übertragungsnetze mit Atomstrom und blockieren damit die Produktion von Ökostrom und den weiteren Ausbau der Windenergie im Norden.“

Immer noch müssten Windenergieanlagen bei starkem Wind abgeschaltet werden, damit das Netz nicht überlastet wird, während die AKW parallel weiterliefen. In der vom Kabinett beschlossenen Regelung sehen die Initiativen die Gefahr, dass mehr Strommengen, als vom Bundes-

verfassungsgericht gefordert, entschädigt werden, ohne dass es zu einer Beschleunigung des Atomausstiegs kommt. (pm)



59 Prozent der Deutschen sind selbst dann für einen beschleunigten Atomausstieg, wenn dafür Steuergelder draufgehen, nur 35 Prozent lehnen das ab. Selbst unter den Anhänger/-innen der Union sind die Befürworter/-innen mit 54 zu 39 Prozent in der Mehrheit. Im Lager der SPD sind es sogar 66 zu 30 Prozent. Das sind Ergebnisse einer Emnid-Studie⁶, die .ausgestrahlt kürzlich in Auftrag gegeben hatte.

In drei Phasen werden die Suchräume für ein Atom-„End“-Lager zunehmend eingeengt. Die Vorschläge der Bundes-Gesellschaft für Endlagerung (BGE) werden am Ende jeder Phase vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) geprüft. Damit unterrichtet das Umweltministerium Bundestag und Bundesrat. Jede Phase endet mit einem Gesetz.

Phase 1: Ermittlung der Regionen für die *übertägige* Erkundung

Die BGE sammelt vorhandene Geo-Daten und wendet festgelegte Kriterien und Anforderungen auf sie an. Dann veröffentlicht sie ihren Vorschlag für Teilgebiete, den die „Fachkonferenz Teilgebiete“ aus Bürgern, Gemeindevertretern und Experten erörtert. Die BGE führt Sicherheitsuntersuchungen für die Teilgebiete durch und entwickelt Programme für die *übertägige* Erkundung. Nach Vorschlag der Standortregionen, richtet das BfE je eine „Regionalkonferenz“ ein, über die die Öffentlichkeit Stellung nehmen und Nachprüfungen fordern kann.

Im „Rat der Regionen“ kommen Vertreter der Regionalkonferenzen mit Vertretern der Zwischenlagergemeinden zusammen und begleiten das Verfahren aus überregionaler Sicht.

Phase 2: Ermittlung der Standorte für die *untertägige* Erkundung

Die BGE erkundet *übertägig*, führt weiterentwickelte Sicherheitsuntersuchungen sowie sozioökonomische Potenzialanalysen durch. Sie wendet zur Ermittlung der Orte für die *untertägige* Erkundung erneut Kriterien und Anforderungen an und erarbeitet Programme für die *untertägige* Erkundung.

Phase 3: Festlegung des Standortes für die Endlagerung

Die BGE erkundet die Standorte *untertägig* und führt Sicherheitsuntersuchungen durch. Sie wendet erneut die gesetzlich festgelegten Kriterien an und erstellt dann einen Standortvorschlag für das Endlager einschließlich eines zugrunde liegenden Standortvergleichs von mindestens zwei Standorten.



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter

➔ www.gorleben-rundschau.de/links

- ➔¹ www.bmu.de/themen/atomenergie-strahlenschutz/nukleare-sicherheit/zwischenlagerung/sicherung-der-zwischenlager-und-hintergruende-der-erforderlichen-nachruetzung/
- ➔² www.atommuellreport.de
- ➔³ <https://root-on-the-road.de/>
- ➔⁴ <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-erlebte-geschichten/audio-horst-wiese-wendlaender-protestler-gegen-gorleben-100.html>
- ➔⁵ <http://rosatom-europe.com/de/press-centre/news/18624/>
- ➔⁶ https://www.ausgestrahlt.de/media/filer_public/f4/9b/f49b7225-311e-4ce6-be96-7f6273aae45d/umfrageergebnisse_zur_frage_abschalten_trotz_entschadigungszahlungen.pdf



Mehr Schein als Sein?

Was bringt die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der neuen Endlagersuche?

Auftakt Seit dem Beginn der Erkundung Gorlebens fordert die Anti-Atom-Bewegung eine Beteiligung der Zivilgesellschaft am Verfahren. Seit dem Beginn der so genannten „neuen Endlagersuche“ gibt es sie tatsächlich. Doch das Nationale Begleitgremium ist auch in der Bewegung umstritten. **Andreas Conradt** mit einem Blick hinter die Kulissen.

Als für die Endlagerung der radioaktiven Abfälle Deutschlands noch allein das Wendland auserkoren war, haben die Gegner der Erkundung des Salzstocks Gorleben jahrzehntelang um eine Mitwirkungsmöglichkeit im Verfahren gekämpft – erfolglos. Die Beteiligung konnte verweigert werden, weil im Wendland auf Basis des Bergrechts erkundet wurde, nicht auf Basis des viel strengeren Atomrechts. Allein dieser Umstand gilt unter Kritikern als Beleg dafür, dass eine Mitwirkung nicht nur nicht erwünscht war, sondern mit allen Mitteln und Tricks verhindert wurde.

Dann kam der Castortransport im November 2011 und in der Folge der massiven Proteste und Widerstandsaktionen dagegen die so genannte „neue Endlagersuche“, angeblich vergleichend, angeblich mit Öffentlichkeitsbeteiligung und auf einer angeblich weißen Landkarte, deren tief-schwarzer Fleck – Gorleben – freilich weiter mit von der Partie ist.

“
Es gibt keine gemeinsame Haltung der Anti-Atom-Bewegung zum Nationalen Begleitgremium
”

Und auch mit dem neuen Bekenntnis zur Beteiligung könnte es nicht allzu weit her sein, denn in der jetzigen Phase des Abfragens geologischer Daten bei den Bundesländern beschränkt sie sich auf die Teilnahme der Öffentlichkeit an Workshops des Nationalen Begleitgremiums (NBG). Zwar ist es nach eigenem Bekunden beauftragt mit der „vermittelnden und unabhängigen Begleitung des Standortauswahlverfahrens bis zur Standortentscheidung. Dazu gehört insbesondere auch die begleitende Umsetzung der Öffentlichkeitsbeteiligung am Standortauswahlverfahren.“

Nach jahrzehntelangem Gerangel um eine Öffentlichkeitsbeteiligung bleibt die Anti-Atom-Szene aber auch nach der Einführung des NBG skeptisch. Dabei ist der Zweifel am Willen eines offenen und transparenten Verfahrens auch unter den Akteuren der Bewegung sehr unterschiedlich stark ausgeprägt. Meist gibt es selbst innerhalb ein und derselben Initiative differierende Bewertungen. So halten einige Aktive den NBG-Vorsitzenden Klaus Töpfer für



durchaus interessiert am Austausch mit der Anti-Atom-Bewegung und hoffen darauf, dass ihr Input durch seinen Einfluss im Verfahren Niederschlag finden wird. Er selbst hat angekündigt, im Bundestag Rederecht einfordern zu wollen. Inwieweit dies gegebenenfalls zu Anpassungen des Verfahrens führen würde, steht allerdings dahin. Andere sehen in Töpfer gleich den Wolf im Schafspelz, fürchten das simple Abspulen des vorgegebenen Programms und verweisen unter anderem auf seine Aussage, dass nun mal nicht alles untersucht werden könne.

In Teilen der Anti-Atom-Bewegung wird darum befürchtet, dass Bundesregierung, Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und das Nationale Begleitgremium die Endlagersuche am liebsten im Geheimen durchziehen würden. Weil das aber nicht geht, könnte die jetzige Form der Bürgerbeteiligung die Funktion eines Feigenblatts

Immer wieder nahmen und nehmen auch Mitglieder der BI Lüchow-Dannenberg an Tagungen des Nationalen Begleitgremiums teil.

haben: Betroffene zu Wort kommen lassen, vielleicht sogar Argumente abgreifen – und dann doch von oben entscheiden.

Letztlich liegt das Unbehagen der Anti-Atom-Bewegung in dem Zweifel begründet, ob die „neue Endlagersuche“ tatsächlich, wie stets beteuert, mit einem lernenden Verfahren und mit einer Beteiligung der Öffentlichkeit auf Augenhöhe und mit der Möglichkeit von Einflussnahme betrieben wird. Das allerdings setzte einen bisher im Bundestag völlig ungeübten Politikstil voraus. Der vor dem Hintergrund der bayerischen Landtagswahl losgetretene Streit zwischen Merkel und Seehofer lässt erahnen, wie sehr themenferne Gründe eine Rolle dabei spielen könnten.

Auch innerhalb der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) gehen die Einschätzungen zum NBG weit auseinander. Die Meinungen liegen auf der ganzen Bandbreite zwischen „Besser als nichts“ und

„Achtung, Mitmachfalle!“ Vertrauen, freilich, sieht anders aus. So wurde in der März-Ausgabe der *Gorleben Rundschau* ein Artikel von Wolf-Rüdiger Marunde veröffentlicht, der dem NBG Respekt zollte für sein Bemühen, auch das Problem der Langzeit-Zwischenlagerung zu thematisieren. In dieser Ausgabe stellt Matthias Trénel sieben Thesen in den Raum, die ein gewisses Wohlwollen dem Begleitgremium gegenüber erkennen lassen. Anders sieht das Jochen Stay, der dem NBG schlicht die Rolle eines Feigenblatts zuschreibt.

Fest steht eigentlich nur, dass es eine gemeinsame Haltung der Anti-Atom-Bewegung zum Nationalen Begleitgremium nicht gibt, vielleicht nie geben wird. Und vielleicht liegt gerade darin, in der Diversität der Meinungen, die Kraft der Bewegung, sich nicht schein-beteiligen zu lassen, sondern beständig Einfluss zu fordern. 

Die Gorleben-Brille

Ohne sofortige Einmischung
wird ein Endlager im Wendland wahrscheinlicher



Gorleben Die Endlagersuche beginnt mit dem Sammeln von Daten, wie sie das Standortauswahlgesetz (StandAG) vorgibt: Zuerst werden Ausschlussgebiete identifiziert, dann die Mindestanforderungen an ein tiefengeologisches Endlager formuliert, bis es dann in etwa zwei Jahren wirklich wieder spannend wird, weil dann mögliche Standortregionen für eine über-tägige Untersuchung ausgewiesen werden. **Wolfgang Ehmke** fragt: Soll und kann man bis dahin also die Beine hochlegen? Oder beginnt „Transparenz“ schon „ab sofort“?

Bisher haben auf Bitten der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) 65 Behörden 600 000 Datensätze geliefert, auf den ersten Blick scheint das immens! Die meisten Daten sind Bohrungen, und die Wissenslücken sind weiterhin riesengroß, weil die Daten von Firmen, die nach Gas oder Erdöl gebohrt haben, nicht erfasst werden konnten. Dazu braucht es ein „Geowissenschaftsdatengesetz“, das in der letzten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages schon vorbereitet wurde. Doch bisher ist die Verabschiedung eines derartigen Gesetzes nicht in Sicht und das hat natürlich zur Folge, dass niemand mehr davon ausgeht, dass tatsächlich 2020 prospektive Endlagerregionen ausgewiesen werden.

Zwei wichtige Gründe gibt es, sich sofort um diese Vorgänge zu kümmern und sich einzumischen. Der eine Grund liegt darin begründet, dass das StandAG in der Phase der Sammlung von Geo-Daten keine Mitwirkung der Zivilgesellschaft vorsieht, allein geologische Landesämter, die Bundes-

anstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und zur Not noch wissenschaftliche Einrichtungen sind befugt, ihr Wissen zusammenzutragen. Bei dem Versuch, auf Tiefbohrungen im Raum Gorleben zu verweisen, die aus der Zeit des Kalifiebers stammen, biss die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg bisher auf Granit (oder Ton oder Salz). Dabei wurden dort acht Tiefbohrungen niedergebracht und davon drei nicht oder unsachgemäß verschlossen. Das Kartenmaterial liegt vor. 150 hydrogeologische Bohrungen durchlöcherten das Deckgebirge in den 60er Jahren, als nach Süßwasserreservoirien für den Raum Hamburg gesucht wurde, einige Bohrungen gingen bis zu 600 Meter tief und damit bis in den Salzstock. Auf der anderen Elbseite wurde zu DDR-Zeiten nach Gas gesucht, auch diese Tiefbohrungen reichten in den Salzstock Gorleben-Rambow hinein. Der Salzstock ist also alles andere als „unverritz“.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Behauptung, dass das Stand

“ Die Wissenslücken sind weiter riesengroß

AG endlich ein faires, wissenschaftsbasiertes Suchverfahren ermöglichen. Verschwiegen wird dabei, dass die Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien politisch ausgehandelt wurden, sie sind vornehmlich ein politischer Kompromiss, der darauf zielte, Gorleben im Spiel zu halten. Denn ein wasserdurchlässiges Deckgebirge ist demnach kein Ausschlusskriterium, und von glazialen Ereignissen, von denen künftig weite Teile Norddeutschland betroffen sein werden, liest man nur am Rande.

Immerhin fanden am Ende der Tagung „Atommüll-Lager: Die große Suche ...“ der Evangelischen Akademie in Loccum drei Männer zueinander: Stefan Birkner (FDP), Stephan Wenzel (Grüne) und Frank Doods (SPD). Alle drei sind oder waren niedersächsische Umweltstaatssekretäre beziehungsweise -minister, und sie versprachen, sich zusammenzusetzen und auszuloten, wie eine aktive niedersächsische Rolle bei der Endlagersuche aussehen kann.





Verfahren Im Standortauswahlgesetz (StandAG) ist das Nationale Begleitgremium (NBG) festgeschrieben. Die Medien lieben das NBG, weil es „innovativ“ ist. Doch was bewirkt es wirklich? Es kann viel reden – wird aber nicht gehört. So wird das Begleitgremium zum Puffer zwischen Betroffenen und Entscheider/-innen, zu einem PR-Instrument, um einen schlecht gemachten Suchprozess besser ausschaun zu lassen, als er ist. Mit echter Partizipation hat das alles nichts zu tun. Eine Bewertung von **Jochen Stay** (mit Dank an Dr. Dieter Kostka, aus dessen noch nicht veröffentlichter Expertise „Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Standortsuche für ein langfristiges Atommüll-Lager nach StandAG“ er, wie er selbst sagt, „reichlich geklaut“ hat).

Wer sich mit dem Suchverfahren für ein tiefeingeologisches Atommüll-Lager in Deutschland näher beschäftigt, stößt früher oder später auf ein Gremium, das es in dieser Form bisher nicht gegeben hat: das Nationale Begleitgremium (NBG).

Im November 2016 benannten Bundestag und Bundesrat sechs „anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ für das NBG. Ergänzt werden sie durch drei sogenannte Bürgervertreter/-innen, gewählt aus einer Gruppe von 120 per Zufall aus dem Telefonbuch ermittelten Menschen. Vorsitzende des insgesamt neunköpfigen Gremiums sind der ehemalige CDU-Umweltminister Klaus Töpfer und die Politikwissenschaftlerin Miranda Schreurs. Weitere neun Mitglieder kommen in diesem Sommer dazu, wenn Bundesrat und Bundestag noch einmal sechs Personen benennen und weitere drei Zufallsbürger/-innen ausgewählt werden.

Das NBG ist angeblich unabhängig, aber Zweidrittel der Mitglieder werden von Bundestag und Bundesrat ausgewählt, was im Falle von Konflikten auch schnell dazu führen kann, dass Einzelne nach Ablauf von drei Jahren nicht bestä-

tigt werden. Es besteht also direkter politischer Einfluss auf die Zusammensetzung des Gremiums. Für die jetzt anstehende Erweiterung werden hinter den Kulissen bereits Namen gehandelt, die darauf deuten, dass einzelne Bundesländer sich eine direkte Interessenvertretung im NBG installieren wollen.

Das Gremium wurde vom StandAG nicht bestellt, um die Standortsuche durch ein kritisches Element zu bereichern – denn das würde Mitbestimmungsrechte und ein unabhängiges Wahlverfahren voraussetzen. Seine Funktion ist die Legitimation des Suchverfahrens in der Öffentlichkeit. So schreibt das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE): „Das NBG hat die Aufgabe, die Standortsuche und den Beteiligungsprozess konstruktiv zu begleiten und somit zusätzlich Vertrauen in das Auswahlverfahren zu fördern. Es kann Fragen stellen und Stellungnahmen abgeben.“

Auch im Gesetz steht als ausdrückliches Ziel des NBG, „Vertrauen in die Verfahrensdurchführung zu ermöglichen“. Die Gesetzesbegründung ergänzt noch, dass das Gremium die „Umsetzung des Beteiligungsverfahrens im Standortaus-

wahlverfahren bis zur Standortentscheidung unterstützen“ solle. Das NBG hat also streng genommen nicht einmal das Mandat, das Beteiligungsverfahren zu kritisieren, denn es soll ja nur dessen Umsetzung unterstützen.

Ein Gremium, das Vertrauen in ein ungeeignetes und unfaires Verfahren schaffen soll und will, ist nichts anderes als ein Feigenblatt oder eine PR-Maßnahme.

Das NBG dient auch als Puffer möglicher Konflikte zwischen den staatlichen Institutionen auf der einen und der Bevölkerung auf der anderen Seite. Statt dass sich Betroffene direkt an die Behörden oder die Politik wenden, hoffen sie nun möglicherweise, dass sich das NBG ihrer Anliegen annimmt. Doch selbst wenn das passiert, versendet es am Ende, weil das Begleitgremium keinen echten Einfluss hat.

Das Ergebnis bereits der allerersten öffentlichen NBG-Veranstaltung vom 11. Februar 2017 mit dem Titel „Bürger/-innen-Anhörung zum Standortauswahlgesetz“ ist unter Effizienz-Gesichtspunkten – nicht unter Propaganda-Gesichtspunkten! – äußerst dürftig und daher möchte ich das prototypisch beleuchten.

Man halte sich vor Augen: Für die Veranstaltung kamen 170 Menschen mit entsprechendem organisatorischen Vorbereitungs- und individuellem Reiseaufwand aus ganz Deutschland nach Berlin, um sechs Stunden lang den Gesetzesentwurf zum neuen StandAG zu diskutieren und mit dem NBG Empfehlungen an den Gesetzgeber für sinnvolle Abweichungen von diesem Gesetzesentwurf zu erarbeiten. Am Ende der Veranstaltung stand ein Papier mit neun Änderungsempfehlungen für den Gesetzesentwurf. Aber: Von diesen neun Empfehlungen übernahm der Gesetzgeber schließlich gerade mal eine einzige wie vorgeschlagen und eine zweite in lediglich stark verwässerter Form; die anderen sieben schlug er alle restlos in den Wind. Im NBG-Bericht liest sich das hingegen so:

„Einen Teil der Empfehlungen machte sich der Gesetzgeber zu Eigen. So strich er das Wort ‚insbesondere‘ aus dem Gesetzestext. Die Aufgaben des Nationalen Begleitgremiums erweiterte der Gesetzgeber durch die Formulierung: ‚Es kann dem deutschen Bundestag weitere Empfehlungen zum Standortauswahlverfahren geben.“

Dem Bundestag Empfehlungen geben – das kann eigentlich jede und jeder; dazu braucht man kein aufwändiges Gremium. Es kommt vielmehr darauf an, was der Bundestag daraus macht.

Die Änderungsempfehlung aus der NBG-Veranstaltung war übrigens deutlich weitgehender als der Satz, der dann im Gesetz landete. Die letztlich zugestandene Formulierung besagt nicht viel, wahrt aber durch ihre bloße Existenz immerhin das Gesicht der NBG-Vorsitzenden, die ja sonst an diesem Veranstaltungstag so gut wie gar nichts erreicht gehabt hätten. Das ist also der Effekt der vielbeschworenen „umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligung“ bei dem Thema: Man kann sich zwar, wenn man den Aufwand nicht scheut, punktuell „kontrolliert einbringen“, wenn man das aber nicht tut, kommen trotzdem keine wesentlich anderen Ergebnisse heraus – außer

Spesen nichts gewesen! Wozu also sich beteiligen lassen?

Doch halt, zwei Gründe dafür gibt es: Erstens mögen die Teilnehmer/-innen der Veranstaltung nach dem altbewährten Motto „Brot und Spiele“ einen interessanten Tag mit anregenden Gesprächen und sicherlich auch leckerer Tagungsbewirtung auf Staatskosten verlebt haben, zunächst verbunden mit dem guten Gefühl, für unser Land etwas Konstruktives geleistet zu haben – bis sie merken, was von ihrem Engagement übrig bleibt. Und zweitens denken sich vor allem die vielen Konsument/-innen der entsprechenden schönen Medienberichte, die nicht selber dabei waren, Ähnliches: Dass die Bürgerinnen und Bürger sich doch offenbar wirklich breit einbringen können und Gehör finden! Pustekuchen – einbringen in Grenzen vielleicht, aber Gehör finden? Von den Inhalten der Impulse, die die beteiligten Bürger/-innen einbringen, und dem, was von ihnen später übrig bleibt, erfahren die medialen Zaungäste ja normalerweise nichts. Aber dass die Bürger/-innen irgendwie (egal wie!) beteiligt wurden, dieser Eindruck schließlich ist für die Politik und die Regierung schon alleine Gold wert, wenn er so hängen bleibt!

Ein weiterer Anschauungstest für den Einfluss des NBG war eine Veranstaltung zur Zwischenlagerung im Januar 2018 in Karlsruhe: Auf der einen Seite profilierte sich das Gremium auch in der atomkritischen Öffentlichkeit damit, das Thema anzupacken. Auf der anderen Seite holte es sich beim zuständigen Atommüll-Bundesamt und beim Chef der neuen Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), Staatssekretär Jochen Flaßbarth, einen Korb. Das BfE sprach dem NBG schlicht die Zuständigkeit für das Thema ab und Flaßbarth weigerte sich sogar, an der Veranstaltung überhaupt nur teilzunehmen. Inzwischen hat das BfE seine Vorstellungen für die Zukunft der Zwischenlagerung öffentlich vorgestellt. Von den Anregungen des NBG ist darin nichts zu finden. Die Selbstcharakterisierung im Internet-Auftritt des NBG, es sei „eine gegenüber Behörden, beteiligten Unternehmen und Experten-

einrichtungen unabhängige gesellschaftliche Instanz, die über dem Auswahlverfahren steht“, ist vor diesem Hintergrund ein grandios überzogener Euphemismus. Es steht mitnichten über dem Auswahlverfahren, sondern, wenn es hart auf hart kommt, allenfalls daneben.

Im ersten Bericht des NBG heißt es:

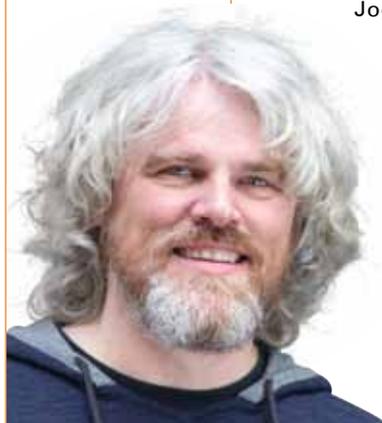
„Unser Ziel ist es, Vertrauen in das Verfahren der Standortauswahl zu vermitteln. Das setzt selbstverständlich voraus, dass das Verfahren auch tatsächlich Vertrauen verdient, ...“

Tja, und was, wenn nicht? Wird das NBG das dann anprangern, wird und kann es darüber hinaus Druck machen, oder wird es, wenn das aussichtslos erscheint, die Situation schön reden, um nicht eingestehen zu müssen, das es halt doch nichts ausrichten kann? Und wird das NBG das alles überhaupt erkennen (können)?

Wie will das NBG gegenhalten, wenn die Kontroversen zwischen den Akteuren stärker werden? Das einzige „Argument“, das das NBG in diesem Verfahren hat, ist die Öffentlichkeit. Das ist im Zweifel die gleiche Öffentlichkeit, bei der das NBG zuvor Vertrauensaufbau für das Verfahren geleistet hat.

Wer also möchte, dass es ein faires und gerechtes Standortsuchverfahren gibt, sollte nicht auf das NBG setzen, sondern fordern, dass das StandAG gründlich überarbeitet wird – hin zu tatsächlichen Mitbestimmungsrechten der Betroffenen – von Anfang an.

“ Die Funktion des NBG ist die Legitimation des Suchverfahrens in der Öffentlichkeit



Jochen Stay ist seit seinem 15. Lebensjahr aktiv in außerparlamentarischen Bewegungen, seit Wackersdorf 1985 in der Anti-Atom-Bewegung, später zwei Jahre als Vorstandsmitglied der BI Lüchow-Dannenberg und seit 2008 Sprecher von .ausgestrahlt.



7 Thesen zum der

Meinung Dieser Kommentar basiert auf einem Kurzvortrag, den Matthias Trénel im Juni auf der Tagung „Atommüll-Lager: Die große Suche ...“ der Evangelischen Akademie Loccum gehalten hat. Seine Einschätzung erfolgt aus der Halbdistanz. Einerseits verfolgt er die Suche nach einem Endlager seit vielen Jahren und fühlt selbst eine große Verantwortung, heutige und zukünftige Generationen sowenig wie möglich mit diesen Abfällen zu belasten. Andererseits gehört er zu keinem der zentralen Akteure bei der Endlagersuche, liest Papiere dazu nur cursorisch und ist kein Insider. „Aus dieser Position heraus nehme ich mir die Freiheit, eine Meinung zu bilden und entschuldige mich schon jetzt dafür, wenn ich anderen ungerechtfertigterweise ‚auf die Füße trete‘.“

» **These 1: Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE) verdient Anerkennung, weil es auf dem Weg zu einer lernenden Organisation ist.**

Das BfE hat im Januar 2018 das Papier „Unterschiedliche Rollen – ein Ziel. Positionspapier zur Öffentlichkeitsbeteiligung in der Standortauswahl“ veröffentlicht und darüber bei verschiedenen Gelegenheiten diskutiert. Das BfE hat Position bezogen und sich damit proaktiv in die öffentliche Diskussion eingebracht – für eine Behörde ein durchaus ungewöhnlicher Vorgang. Das ist, was man von einer „lernenden Organisation“ erwartet.

» **These 2: Das BfE sollte sich nicht auf informierende und anhörende Bürgerbeteiligung versteifen.**

Und schon folgt die Kritik: In dem Positionspapier wird Gewicht darauf gelegt, klarzustellen, dass Beteiligung durch das BfE nicht als eine Form des Mitentscheidens missverstanden werden soll. Da-

bei wird übersehen, dass auch kooperative Partizipationsformen sinnvoll oder sogar notwendig sein können. Zum Beispiel könnte das BfE mit Kommunen und Bürgerinitiativen gemeinsam die Öffentlichkeitsbeteiligung organisieren und Gutachten in Auftrag geben.

» **These 3: Das BfE sollte die Rolle des Nationalen Begleitgremiums (NBG) als produktiven Störenfried akzeptieren.**

Das BfE fordert vom Nationalen Begleitgremium, sich auf Standards für eine konstruktive Zusammenarbeit zu verständigen. Dies scheint auf den ersten Blick sinnvoll zu sein, ist aber nicht im Sinne des Gesetzgebers: Mehrere Strukturelemente – das Selbstbefassungsrecht, das Rotationsprinzip unter seinen Mitgliedern und die Losbürgerinnen und -bürger in dem Gremium – sollen verhindern, dass das Nationale Begleitgremium sich mit dem BfE oder anderen Institutionen jemals arrangiert. Soll das NBG wenigstens seine Veranstaltungen mit dem

BfE koordinieren? Auch hier gilt: Natürlich nicht.

» **These 4: Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Institutionen der Endlagersuche entsteht nicht durch ein einheitliches Erscheinungsbild, sondern durch Dissens und Diskurs.**

Das BfE wünscht sich eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem NBG, um eine vertrauensbildende Information und Beteiligung der Öffentlichkeit zu erreichen. Es wird befürchtet, dass unterschiedliche Darstellungen zur Verwirrung in der Öffentlichkeit beitragen und von Gegnern der Endlagersuche für Ihre Zwecke instrumentalisiert und skandalisiert werden. Dem ist entgegenzuhalten: Die Öffentlichkeit entwickelt Vertrauen in das institutionelle Gesamtgefüge der Endlagersuche, wenn es nicht als homogen und perfekt wahrgenommen wird, sondern wenn auch Konflikte entstehen können, die öffentlich-diskursiv ausgetragen werden. Konflikte erzeugen zudem öffentliche Aufmerksamkeit

esen (Zusammen-)Wirken Akteure

und Wachsamkeit, die der Endlagersuche nicht abhandeln können darf.

» **These 5: Transparenz entsteht durch lückenlos nachvollziehbare und nachprüfbar Entscheidungen, nicht aber durch eine ungeordnete und überhastete Veröffentlichung aller Daten.**

Einige fordern vom BfE, alle geologischen Datensätze unmittelbar nach ihrem Eingang zu veröffentlichen. Dieser Haltung schließe ich mich nicht an. Die Vorstellung „Wahrheit ist die Summe aller Daten“ ist zu kritisieren. Es wird übersehen, dass die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ein wissenschaftlicher Erkenntnisprozess ist. Robuste Schlussfolgerungen können erst gezogen werden, wenn die Qualität der Daten geprüft, eine vollständige Datengrundlage erreicht und eine Vergleichbarkeit der Daten hergestellt wird. Die Veröffentlichung von einzelnen Daten und Zwischenständen bedeutet hingegen keinen Erkenntnisgewinn. Das bedeutet aber nicht, dass die Rohdaten nicht veröffentlicht werden sollen – das muss zu dem Zeitpunkt geschehen, wenn das BfE Entscheidungen trifft und diese bis ins Detail nachvollziehbar und durch unabhängige

Dritte überprüfbar sein sollen.

» **These 6: Das NBG sollte nicht nur das BfE und die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) kommentierend beobachten, sondern auch die Zivilgesellschaft und den öffentlichen Diskurs.**

In Zeiten von FakeNews ist es prinzipiell durchaus denkbar, dass regionale Interessengruppen (wobei auch Bürgerinitiativen gehören) im Verlauf der Endlagersuche Falschmeldungen, Verschwörungstheorien und andere Informationen mit Empörungspotenzial gezielt fabrizieren oder aufgreifen und verbreiten, um den Endlagersuchprozess insgesamt zu diskreditieren nach dem Motto: Kein Endlager zu finden ist immer noch besser als ein Endlager bei uns in der Region. Das NBG sollte den öffentlichen Diskurs wachsam begleiten, solche Entwicklungen aufdecken und Vorschläge machen, wie damit am besten umzugehen sei.

» **These 7: Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und andere Initiativen müssen sich ihre Legitimation und Glaubwürdigkeit immer wieder neu erarbeiten.**

Natürlich sind die vielfältigen Initiativen für die meisten Menschen

in der Region Lüchow-Dannenberg und ihre Anhängerinnen und Anhänger vertrauenswürdige Akteure. Aber wie sieht das aus der Brille von Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet aus? Es darf nicht der Eindruck entstehen, es ginge bloß darum, den Abfall vor der eigenen Haustür zu vermeiden. Und wenn das Standortsuchverfahren fundamental kritisiert wird, dann wird erwartet, dass eine andere Vision von der Endlagersuche und ein grundsätzlicher Gegenentwurf dazu vorgeschlagen wird. Eine starke Quelle der Glaubwürdigkeit liegt zukünftig womöglich darin, eine Interessengemeinschaft mit Initiativen an anderen potenziellen Standortgemeinden zu bilden und gemeinsam Forderungen aufzustellen.



Matthias Trénel ist Gesellschafter von Zebralog, einer Agentur, die bei der Umsetzung von Bürgerbeteiligung hilft. Früher hat er aus Berlin kommend bei Castor-Blockaden mitgemacht.



Viele Daten, wenig Erkenntnis

Daten aus ganz Deutschland sollen die Endlagersuche voranbringen. Doch es gibt Probleme.

Suchverfahren Das Motto „Viel hilft viel“ ist allzu häufig falsch, und es erweist sich offenbar auch bei der Suche für ein „Endlager“ hochradioaktiver Abfälle als untauglich. Zwar liegen Hunderttausende Datensätze über die Geologie Deutschlands vor, doch sind sie im Hinblick auf ein Atommülllager aus unterschiedlichen Gründen häufig nicht brauchbar. Wissenschaftler und Umweltschützer mahnen zudem weitere Forschung an. **Wolfgang Ehmke** und **Andreas Conradt** berichten.

Aus Sicht der Bundesgesellschaft für Endlagerung **BGE** geht die erste Phase der Endlagersuche für Deutschlands hochradioaktive Abfälle gut voran. Thomas Lautsch, der technische Geschäftsführer der BGE, präsentierte auf einer Tagung des Nationalen Begleitgremiums (NBG) Mitte Juni in Hannover eine imponierende Datenfülle: 500 000 Hinweise auf Vulkanismus, Seismik, ehemaligen Bergbau, Bohrungen und vieles mehr würden derzeit gesichtet.

» Daten: lückenhaft und unpräzise

Die Bürgerinitiative Lüchow-Danzenberg (BI) indes teilt diesen Optimismus nicht: Zum einen gebe es immer noch kein Geowissenschaftsdatengesetz, so dass Daten von Privatfirmen, die sie bei der Suche nach Bodenschätzen gesammelt haben, derzeit aus

datenschutzrechtlichen Gründen nicht ausgewertet werden können. Gravierend sei aber auch der Umstand, dass viele Datenblätter nicht digitalisiert sind und die Landesämter bisweilen nur angeboten hätten, dass BGE-Mitarbeiter/-innen sie in ihren Dienststellen auswerten könnten.

Dr. Roland Eichhorn, der Vorsitzende des Direktorenkreises Staatliche Geologische Dienste Deutschlands, der Sprecher aller Landesämter, relativiert zudem die Aussagekraft der vielen Daten. Es gebe ein klares „Tiefendefizit“ und ein „Clusterphänomen“ – Daten aus einer Tiefe von über 300 Metern seien rar und hinsichtlich ihrer Qualität nur teilweise bei der Endlagersuche hilfreich, weil der Fokus auf die Gewinnung von Bodenschätzen gerichtet war. Zudem gebe es Regionen, die tatsächlich als weiße Landkarte beschrieben

werden könnten, weil sie nicht erkundet seien.

Und dort, wo Erkenntnisse vorliegen, könnten die jetzt mit großem Aufwand zusammengetragenen geologischen Daten sogar gute Argumente für ein Endlager in Gorleben liefern. Denn die in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik erhobenen Daten wurden nicht im Hinblick auf ein mögliches Atommülllager erhoben, sondern aus anderen wirtschaftlichen Interessen. Nur in Gorleben wurde mit Fokus auf Atommüll geforscht. Dieser Datenvorsprung könnte dem Wendland letztlich zum Verhängnis werden. Ob die BGE unter diesen Umständen bei der Betrachtung von Mindestanforderungen und der Abwägung der Kriterien in der aktuellen ersten Phase der Endlagersuche bis zum Jahr 2020 „liefern“ könne, sei mehr als zwei-

„ASKETA auf dem Holzweg“

Bl: Bürgermeister sollten an NBG-Tagungen teilnehmen.

Standorte Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ermutigt Bürgermeister der Kommunen mit kerntechnischen Anlagen, es der Anti-Atom-Bewegung gleichzutun und Sicherheit der bestehenden Zwischenlager zu fordern.

Bürgermeister der Orte, an denen Atomkraftwerke betrieben wurden und noch werden, möchten bei der Endlagersuche mitreden. An vielen dieser Standorte wurden Zwischenlager errichtet, die vermutlich weitaus länger als gedacht betrieben werden müssen, weil niemand damit rechnet, dass 2050 ein Endlager für hochradioaktive Abfälle betriebsbereit ist. Sie fühlen sich zudem schlecht informiert und streben deshalb einen Platz im Nationalen Begleitgremium (NBG) ³ an.

„Dann sollten sie auch die Chance nutzen, wie es die Anti-Atomkraft-Initiativen und die Umweltverbände tun, die Tagungen des NBG zu besuchen“, kontert die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). Das Gremium ist das Bindeglied zwischen der interessierten Öffentlichkeit, Behörden und dem Bundestag und bietet regelmäßig Workshops an.

Mit der Forderung, einen Platz im NBG zu ergattern, sind die ASKETA-Gemeinden allerdings auf dem „Holzweg“ und müssten das auch wissen, meint BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Das NBG ist keine Versammlung von Stakeholdern, also Interessenvertreter/-innen. Wir vermissen klare Forderungen der Standortgemeinden zur Sicherheit und Sicherung der bestehenden Zwischenlager.“

» ASKETA - wer ist das?

Die Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen (ASKETA) in Deutschland wurde 1994 in Grafenrheinfeld gegründet und vertritt derzeit 25 Kommunen mit kerntechnischen Anlagen, darunter 15 Kernkraftwerksstandorte mit 9 „aktiven“, 8 nach Fukushima abgeschalteten und 3 stillgelegten Kernkraftwerksblöcken, Standorte mit Zwischenlagern für radioaktive Reststoffe und auch Standorte mit Forschungseinrichtungen.

Die ASKETA ⁴ ist Mitglied der GMF (Group of European Municipalities with Nuclear Facilities), in der sich zahlreiche europäische Standorte mit kerntechnischen Anlagen zu einer Interessensvertretung auf EU-Ebene zusammengeschlossen haben. Vorsitzender der ASKETA ist Bürgermeister Stefan Mohrdieck (Brunsbüttel), die Stellvertreter sind Josef Klaus, Bürgermeister der Gemeinde Niederaichbach in Bayern und Felix Kusicka, Bürgermeister der Gemeinde Biblis.

„Im Detail sind die Anforderungen an die Kommunen unterschiedlich. Aber die großen Fragen betreffen alle Standortgemeinden gleichermaßen“, sagt Mohrdieck. Die großen Fragen, das sind nach dem beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie vor allem die Endlagersuche für Abfälle aus kerntechnischen Anlagen und dessen Akzeptanz in der Bevölkerung, aber auch die Frage, wie die Kernkraftwerksgemeinden den Wegfall der Arbeitsplätze und der Steueraufkommen kompensieren können. „Wir haben die Sorge, bei der Endlagerfrage von der Politik vergessen zu werden“, sagt Mohrdieck. Seiner Meinung zufolge würden die Gemeinden bei der Endlagersuche übergangen und spielten bei der Entscheidung keine Rolle. Die ASKETA-Bürgermeister befürchten, dass sich die Standort-Zwischenlager in ihrer Heimat als Ersatz-Endlager entpuppen. Aus diesem Grund fordern die ASKETA-Gemeinden Sitz und Stimme in den Gremien, die sich mit der Endlagerentscheidung befassen.



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:

➔ www.gorleben-rundschau.de/links

➔¹ <https://www.bge.de/>

➔² www.bi-luechow-dannenberg.de/wp-content/uploads/2018/04/Merkel-Interview-Ausschnitt.mp3

➔³ www.nationales-begleitgremium.de/DE/Home/home_node.html

➔⁴ <https://www.asketa.de/>

Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben

felhaft, so die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

» Weitere Forschung nötig

Forschungsbedarf hinsichtlich der eiszeitlichen Auswirkungen auf den Untergrund sieht der Geophysiker Prof. Christian Hübscher. Die Frage sei, ob eiszeitliche Auswirkungen nicht mindestens ein Abwägungskriterium bei der Wahl von Endlagerregionen sein müssen. Zudem herrschen Zweifel, ob es rechtens war, den Salzstock Gorleben für die „neue Endlagersuche“ weiter im Verfahren zu belassen: Nach exemplarischer Anwendung der in der Endlagerkommission formulierten Ausschlusskriterien müsste der Standort im Wendland schon in der ersten Runde ausscheiden.

Die BI fordert außerdem die Neubewertung der so genannten Salzstudie, mittels derer in den 90er-Jahren alternative Salzstöcke miteinander verglichen wurden. Gorleben war seinerzeit von der Studie ausgenommen. Trotzdem erklärte die damalige Umweltministerin Angela Merkel, Gorleben sei unverändert „erste Wahl“. ² Eine Aussage, die durch das Ergebnis nicht belegt werden kann.





Danke, Francis!

Zum Tod von Francis Althoff

In den frühen Morgenstunden des 13. Juni wurde Francis Althoff tot auf dem Salinas-Gelände vor den Toren des Erkundungsbergwerks Gorleben gefunden, wo er am Vortag eine Besuchergruppe empfangen hatte. Er hinterlässt eine traurige Tochter, einen traurigen Sohn und viele traurige Mitstreiter/-innen. Er war einer, der sich von Anfang an gegen Gorleben, die Atomkraft, aber auch für einen anderen Lebensstil engagierte. Viele Jahre übernahm Francis Funktionen im Vorstand der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI), unter anderem als Pressesprecher, und bis zuletzt war er im BI-Büro „zuhause“, immer offen für ein Gespräch.

Francis war ein bemerkenswerter Mensch, strikt, klar positioniert und dabei sehr aufmerksam und sanft. Er hatte den „richtigen Riecher“ für Recherche und bohrende Fragen und sich in den letzten Jahren maßgeblich in der AG Fracking der BI engagiert, immer sehr zurückhaltend und auf das Wohl der Gruppen bedacht.

Francis Althoff war Anti-AKW-Aktivist und ehemaliger Pressesprecher der BI Lüchow-Dannenberg. Am Rande des Free Flow Festivals 2014 in Gedelitz beantwortete er den Kollegen der Zeitschrift „Schattenblick“ einige Fragen zur Geschichte der Anti-AKW-Bewegung im Wendland und zur Endlagersuche. Wir sind dankbar, Teile des Interviews heute noch einmal nachdrucken zu dürfen.

» Francis, wie kam es dazu, dass du dich der Anti-AKW-Bewegung angeschlossen hast?

Francis Althoff: Ich muss gestehen, dass ich am Anfang als Jugendlicher nicht viele Kenntnisse über Radioaktivität hatte. Es war mehr ein Bauchgefühl, dass irgendetwas schief läuft. Ich hätte das gar nicht begründen können und musste mir als junger Mensch erst einmal die Argumentationen und das Hintergrundwissen aneignen. Ich denke, so wird der Einstieg bei vielen gewesen sein. Ich war in der Landkommunalebewegung aktiv, wo wir ohnehin viel verändern wollten, sowohl nach außen als auch nach innen. Dummerweise war ich in einer Region, wo man nach außen hin nicht viel

verändern konnte, weil die Leute das schlichtweg nicht wollten. Die Reise nach innen war mir aber zu wenig. Daher habe ich mir ganz gezielt ein umstrittenes Projekt mit schöner Landschaft drumherum ausgesucht, um das zu verknüpfen, und heraus kam dabei Gorleben.

Natürlich informiert man sich im Laufe der Zeit immer mehr, obwohl ich das aus heutiger Sicht nicht mehr so wichtig finde. Ich habe einmal ein Interview mit einer älteren Bäuerin gesehen. Sie hatte ein Mikro direkt vor der Nase und wurde gefragt, warum sie gegen die Castortransporte protestiert. Sie antwortete darauf: Es gab Tschernobyl, mehr muss ich nicht wissen. Das hat mich sehr beeindruckt, und da habe ich mich gefragt, warum ich mir überhaupt so viel Wissen angeeignet hatte, wenn dieses Motiv eigentlich schon ausreichen sollte. Warum muss man immer so viel begründen, begründen, begründen und so sehr in die Details gehen?

» Warst du auch 1980 am legendären Hüttendorf beteiligt?

Francis: Ja, ich habe damals im Forsthaus, das dem Grafen ge-

hört hat, gewohnt, direkt in Gorleben. Da gab es eine Kommune mit zwölf Leuten. Wir haben mit dem Hüttendorf pioniermäßig begonnen, also die erste Infrastruktur hingestellt, und zwar, entgegengesetzt zur Historie, nicht erst im April, sondern schon ab März. Vier Hütten, das war die erste Logistik.

» Das Hüttendorf bestand also länger als 33 Tage?

Francis: Genau, es war von uns schon weit davor bewohnt.

» Im Nachklang darauf gab es in Bremen noch einmal ein Hüttendorf und ein weiteres in Hannover 2010, das als Kunstprojekt aufgezogen wurde. Hat das Hüttendorf, verstanden als Lebensform, deiner Ansicht nach über Gorleben hinaus eine Auswirkung auf die bundesrepublikanische Protestbewegung gehabt?

Francis: Ich will es einmal so sagen: Für viele war dieser Schritt ganz normal, weil man das, was man sowieso im Widerstand lebte, mit eingebracht und integriert hat. Wenn man in einer Landkommune ist, hat man eine andere Energieoption im Kopf, und das hat sich dann auf dem Platz widergespiegelt. Wir haben alles nach unseren Möglichkeiten gestaltet. So haben wir zum Beispiel auf dem Schrottplatz Lichtmaschinen eingesammelt, Windräder gebaut oder Sonnenkollektoren aufgestellt, um uns mit Warmwasser zu versorgen. Das waren Versuche, eine alternative Infrastruktur aufzubauen. Uns war es wichtig, nicht nur zu zeigen, wogegen wir sind, sondern auch, wofür wir eintreten.

Aus diesem Grund haben wir auch die Freie Republik Wendland gegründet. Bis heute gibt es einen Reisepass, übrigens den einzigen, der fürs ganze Universum gültig ist. Natürlich war das mit einem gewissen Humor verbunden, aber für viele war das mit der Republik durchaus ernst gemeint. Das diente nicht einfach der Demonstration, sondern war schon ein bisschen Zeitgeist.

» Demnach gab es eine Unterstützerszene weit über das Dorf hinaus?



Francis Althoff 2008 beim Protest gegen den Anbau von Genmais in Laase (von oben), beim Fest zum Protest in Gedelitz 2014 und in den 1980er-Jahren als Bewohner des Forsthauses Rondel in der Nähe von Gorleben.

Francis: Ja, und vor allen Dingen, was ganz wichtig war, auch hier direkt im Landkreis. Das heißt, die Bauern haben uns unterstützt. Natürlich kann ein Bauer nicht den ganzen Tag in einem Hüttendorf zubringen, aber sie haben uns mit Kartoffeln beliefert. Die Bevölkerung vor Ort hat uns auch heiße Suppe gebracht, und Unternehmen aus dem Landkreis versorgten uns mit verschiedenen Sachen. Das lief alles sehr gut. Eine solche Struktur braucht man aber auch. Man kann einen Kampf nicht isoliert führen.

» Wie siehst du die Platzbesetzung aus heutiger Sicht? Damals war es etwas Neues, aber heute ist die Aktionsform der Besetzung weit verbreitet.

Francis: Die Besetzung des Bauplatzes in Wyhl 1975 war so etwas wie der Startschuss dazu, weil wir gemerkt haben, dass man damit sehr erfolgreich sein kann. Das prägt sich ein. Damals fiel auch der Begriff der Platzbesetzung, dem wir mit dem Hüttendorf noch eins draufgesetzt haben, weil es nicht nur ums Campen und Zelten ging. Der Wald war ja abgebrannt. Es lag also unheimlich viel totes Bruchholz herum, das man für die Hütten nehmen konnte.

» Von Gorleben ging immer eine große Mobilisierung aus, die von ihrer Größenordnung her beispielhaft und einzigartig in der Bundesrepublik war. 1979 sind 100 000 Menschen nach Hannover gezogen. 2009 gab es den großen Anti-AKW-Treck nach Berlin, der von über 400 Treckern begleitet wurde. Wie erklärst du dir, dass so viele Menschen dafür in die Bresche gesprungen sind?

Francis: Es ist ein Geben und Nehmen. Unsere Art des Widerstands, der trotz allen Ernstes auch eine gewisse Lebensfreude beinhaltet, ist in der Bevölkerung gut angekommen. Dadurch sind wir weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt geworden. Das heißt, es gab immer ein weltweites Feedback. Den Menschen hat gefallen, was wir machen. Es gab von daher auch immer einen Schub und

die Aufforderung: Macht weiter. Das hat uns beim Durchhalten geholfen. So gesehen waren wir ein wichtiger Bestandteil der sozialen Bewegungen. Nach Gorleben wurde immer geschickt. Dadurch fühlte man sich auch ein bisschen in die Verantwortung genommen. Es ist schon interessant, wenn eine Widerstandskultur auch so eine Art Vorbildcharakter bekommt, weil man dann weiß, dass man auf dem richtigen Gleis ist. Vor allen Dingen hatten wir Erfolge vorzuweisen. So konnten wir zum Beispiel konkret verhindern, dass Deutschland jetzt eine eigene Atombombe hat, einfach durch die Verhinderung der Wiederaufarbeitungsanlage, die es ermöglicht hätte, aus dem Spaltmaterial eine Bombe zu bauen. Auch Wackersdorf wurde in diesem Rahmen verhindert. Auf diese Entwicklungen kann man stolz sein. Wenn man mit seinem Widerstand gerade keinen Erfolg hat, sollte man sich immer daran zurückerinnern. Für mich ist das konkrete Zeitgeschichte.

» Robert Jungk hat 1977 eindrücklich vor der Gefahr eines Atomstaats mit starker Repression und damit einhergehendem Demokratieabbau gewarnt. Hat sich die Bundesrepublik in seinem Sinne entwickelt?

Francis: Robert Jungk hat damals mit Sicherheit zu Recht vom drohenden Atomstaat gesprochen. Wichtiger für mich persönlich war jedoch der Gewerkschafter Heinz Brandt, der in Brokdorf 77/78/79 den Begriff „Atomfilz“ geprägt hat, den ich wesentlich durchschaubarer, weil recherchierbarer fand. Das heißt, man konnte herausfinden, welche Bank im Atomgeschäft involviert ist, welcher Politiker als Marionette der Atomlobby fungiert und welche Interessen insgesamt dahinterstecken. Ich komme noch heute mit dem Begriff Atomfilz oder meinetwegen auch Atommafia besser zurecht als mit Atomstaat, der in der Hauptsache auf den Polizeiapparat abstellt. Ich gehe nicht davon aus und habe auch nicht die Erfahrung gemacht, dass jeder Polizist unbedingt für Atomkraft ist. Der Be-

griff Atomstaat lässt ein gewisses Manko zu. Jungk hatte allerdings insofern recht, als ein Atomstaat seine Interessen mit Polizeigewalt durchzusetzen versucht.

» Wie würdest du den Status quo bei der Endlagersuche im Moment mit Blick auf Gorleben bewerten?

Francis: Gorleben bleibt erst einmal auf Jahre im Topf. Aus Sicht der Gegenseite kann man im strategischen Sinne kaum etwas Besseres machen. Ich habe ja schon geschildert, dass eine sichere Endlagerung nicht möglich ist, und irgendwann wird man uns das auch mitteilen. In Gorleben wurde einfach zuviel Geld sprichwörtlich in den Sand gesetzt, so dass es schwer ist, noch einen Rückzieher zu machen. Egal, welches Ersatzmedium untersucht wird, bei dem Thema Wärmeentwicklung ist immer Endstation. In Deutschland haben wir mit Asse und Morsleben zwei Endlager in Salz mit nur mittelaktivem Atommüll, und schon da kriegt man mit, dass Salz eigentlich out ist. Aber ich persönlich stelle mich jetzt nicht hin und sage, dann nehmen wir doch Endlager in Ton oder Lehm. Im Grunde müssen wir aufpassen, nicht vereinnahmt zu werden. Meiner Meinung nach sind wir so eine Art TÜV, das heißt, wir kontrollieren, passen auf, warnen. Wir haben eher diese Funktion. Dennoch werden wir häufig gefragt, wo der Müll denn hin soll? Wie sollen wir das verantworten, wenn es schon seit 70 Jahren nicht verantwortbar ist. Das geht einfach nicht. Auf die Frage, wo der Müll hin soll, würde ich am liebsten fragen: Ja, wo kommt er denn her? Seht erst einmal zu, das abzustellen, bevor man über etwas anderes diskutiert.

» Der Zulauf zur Anti-AKW-Bewegung ist nicht mehr so groß wie früher. Woran liegt das? Sind die Leute beruhigt oder resignieren sie, weil die Perspektiven keine Lösung beinhalten?

Francis: Da kommen mehrere Faktoren zusammen. Wenn in den letzten Jahren in Gorleben Castortransporte von A nach B bewegt wurden, hatte man den Eindruck,



In den letzten Jahren war Francis (rechts) vor allem gegen Fracking aktiv.

entscheidend eingreifen zu können. Proteste gegen AKW-Standorte haben einen immanenten Nachteil. Wenn man zu einer Demonstration aufruft, bleibt immer ein gewisser Frust zurück. Denn nach der Demo steht das AKW noch immer. Bei den Castortransporten hatte man zumindest den Eindruck, dagegen etwas machen oder einschreiten zu können, aber vor allen Dingen hatte man dadurch mehr Öffentlichkeit. Bei den AKWs ist das natürlich schwieriger. Dann bekommt man bei der dritten oder vierten Demo an einem AKW-Standort nicht mehr so viele Leute hin. Das ist schwerer zu mobilisieren.

» Die Politik behauptet es zwar gerne, aber ist der Atomausstieg in Deutschland für dich beschlossene Sache?

Francis: Nein, für mich ist das nichts weiter, als die Bevölkerung ganz gezielt hinters Licht zu führen. Dass einzelne AKWs nach Fukushima abgeschaltet wurden, war vollkommen im Sinne der Industrie. Da lohnt sich ein Blick ins internationale Ausland. Die österreichische Regierung, die gegen Atomkraft ist, fühlt sich von den deutschen Atomkraftwerken bedroht und hat für die grenznahen AKWs in Deutschland Studien erstellen lassen. Daraus geht hervor, dass diese AKWs ohnehin nicht mehr rentabel waren und umgerüstet hätten werden müssen. Eine Umrüstung ist teuer und von daher uninteressant für die Industrie. Wenn man die Konzepte unserer Regierung genau durchliest, dann merkt man, dass die abgeschalteten AKWs sich nicht mehr lohnten. Das heißt, man ist der Industrie eigentlich entgegengekommen, verkauft das aber der Bevölkerung gegenüber als Stilllegung. Ein Wort noch zum Thema Ausstieg: Wenn ich sage, ich steige aus dem Bus aus, tue es aber erst zwölf Jahre später, dann ist das lächerlich. Das heißt, es beinhaltet immer noch andere Optionen.

“ Eine unvergessliche Begegnung. Du fehlst!

Madeleine, Rondel e.V.



Erst kommt die **Politik,**

Die meisten Punkte der Kulturellen Landpartie waren am Freitag vor Pfingsten geschlossen, denn der wunde Punkt Gorleben stand im Fokus: Tausende strömten nach Gorleben, wo auf Einladung der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) zwischen Zwischenlager und Endlagerbergwerk

informiert und demonstriert wurde: „Erst kommt die Politik, dann wird gefeiert“, lautete in diesem Jahr die Devise. Ein Klimarundling, in dem Initiativen und Einzelpersonen die Gelegenheit gegeben wurde, ihre Ideen und praktischen Beispiele zum Klimaschutz und zur Klimagerechtigkeit vorzustellen,

informative Treckerrundfahrten der Bäuerlichen Notgemeinschaft um das Endlagerbergwerk, Diskussionsrunden auf der großen Bühne zur aktuellen Atompolitik prägten den Nachmittag. Tausende versammelten sich schließlich am Mobilien Musikkampfwagen der BI, der „kleinen Bühne mit der dreckigsten Aussicht“ am Endlagerberg-



Stilllegung
weltweit!



dann kommt die **Party**

werk und zogen mit der Warnung in den Ohren um die Mauern herum, der Kampf für den Klimaschutz, gegen Atom und Kohle müsse weitergehen. Und in Anspielung auf das Gorleben-salz ergänzte ein Sprecher der BI: „Bei der Endlagersuche lassen wir uns kein Salz in die Augen streuen. Auch wenn die Mauern im Laufe des Jahres zurück-

gebaut werden, bleibt unter Tage die Infrastruktur des Bergwerks erhalten.“ Man werde immer wieder an diesen wunden Punkt zurückkehren, bis sich der Gorlebenspuk erledigt habe. Bis spät in die Nacht hieß es dann Widerstandspart(y)ie, rund um die Beluga, dem Greenpeace-Schiff, das vor Ort als Mahnmahl gegen die verkorkste

Atompolitik über allem thront, denn über alle Kritik gibt es auch Erfolge zu feiern – so scheint die Pilotkonditionierungsanlage als nächste Atommüllruine in Gorleben ausgemachte Sache zu sein.

Klar wurde an diesem Gorleben-Tag während der Landpartie erneut: Lebenslust ist eine Quelle des Widerstands. (we)

Präsenz gegen die Stille

e-Ventschau Musikfestival gegen Atomkraft findet Ende Juli statt

Wendland Vor sieben Jahren beschloss die Bundesregierung den vermeintlichen Kurswechsel in der Atompolitik. Passiert ist seitdem wenig, drängende Fragen sind weiter ungeklärt. Die Castoren in Gorleben werden älter, das Ende ihrer Betriebsgenehmigung rückt näher. Darüber zu informieren und trotzdem Spaß zu haben ist die Zielrichtung des zweitägigen Musikfestivals in dem kleinen Dorf Ventschau an der Nahtstelle zwischen den Landkreisen Lüneburg und Lüchow-Dannenberg.

Gegen das Vergessen und Verschweigen stellt sich das Musikfestival e-Ventschau am äußersten Westrand des Wendlands nun zum sechsten Mal in Folge. Ein buntes Programm aus Musik, Kunst, Ausstellungen und Info-Beiträgen zum Thema Atomkraft zeichnet das zweitägige Festival aus.

Atomkraft, Atommüll und Atomwaffen stehen für globale Probleme und Gefahren. Auch das Line-up des diesjährigen Festivals spiegelt das wider. Große, internationale Bands wie Doctor Krapula aus Kolumbien, das internationale Groove-Kollektiv Lucille Crew aus Tel Aviv oder die Band Karikatura aus New York werden auf der e-Ventschau einheizen und das Publikum zum Tanzen bewegen. Ergänzt werden sie von regionalen Bands wie Brass Riot aus Lüneburg oder dem Berlin Boom Orchestra, die bereits vor zwei Jahren ein Mega-Konzert in Ventschau ablieferten. Von Punk-Rock über Hip Hop, bis hin zu Reggae und Indie-Rock wird innerhalb der zwei Tage alles zu hören sein!

Politisch wird es, wenn Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg auf der e-Ventschau ans Mikro treten wird. Sein Thema: Probleme und Gefahren einer andauernden Zwischen-

lagerung. Viele Experten sind sich einig, dass Zeitplan und Fristen der Endlager-suche zu optimistisch gesetzt sind. Die Benennung eines Standortes bis 2031 und die Inbetriebnahme eines Endlagers ab 2050 erscheinen selbst vielen Verantwortlichen als kaum mehr realistisch. Das Problem: Eine langzeitliche Erfahrung mit den aktuell verwendeten Atommüll-Behältern gibt es faktisch nicht. 2034 laufen in Gorleben die ersten Betriebsgenehmigungen aus und niemand weiß, wie es innerhalb der Castoren aussieht. Inspektionen oder Reparaturen an den Behältern sind unter den gegebenen Umständen in Gorleben nur bedingt bis gar nicht möglich. Die dringend erforderliche Debatte über diese Risiken wird nicht geführt.

Wie in jedem Jahr findet die e-Ventschau auf dem alleingelegenen Resthof nahe Ventschau statt. Zahlreiche Stände bieten neben Bio-Bratwurst und Bio-Bier auch viele regionale Leckereien aus der vegetarischen Küche. Kinderprogramm und viel Platz zum Tollen und Toben machen den Besuch für die ganze Familie lohnenswert. Campingmöglichkeiten auf der großen angrenzenden Wiese sind ebenfalls vorhanden. Damit sich das fi-

nanzielle Risiko für den gemeinnützigen Verein breiter verteilt, erhebt die e-Ventschau einen kleinen Eintritt ab 10 EUR. Für Kinder ist der Eintritt frei. Wer kann und möchte, darf das Projekt auch gerne mit einem zusätzlichen Soli-Zuschlag in Höhe von 5 EUR pro Ticket unterstützen. Die überschüssigen Einnahmen aus Eintritt und Getränkeverkauf gehen komplett als Spenden an Hilfsorganisationen, die vor allem die notleidenden Kinder der beiden Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima nachhaltig unterstützen. (pm)

Beginn und Ort:

Freitag, 27.07. um 17:00 Uhr

Samstag, 28.07. um 14:00 Uhr

Hof Thiele, Am Bruch 1,
21371 Tosterglope OT Ventschau

Ticketpreise:

Freitag: 10 EUR

Samstag: 15 EUR

Kombiticket beide Tage: 20 EUR

freiwilliger Solizuschlag: jeweils 5 EUR
unter 16 Jahren freier Eintritt





Die-In in Lingen

Demonstrant/-innen simulieren Folgen eines Atomunfalls

Emsland Sollte der Ausstieg aus der Kernenergie Ende 2022 tatsächlich vollzogen werden, bleiben zwei große Atomanlagen davon ausgenommen: Die Brennelementefabrik in Lingen und die Urananreicherungsanlage in Gronau. Dagegen regt sich zunehmend Widerstand.

Bei Protesten im niedersächsischen Lingen kritisierten Anfang Juni nicht nur Atomkraftgegner/-innen aus Deutschland, sondern auch aus Russland, Belgien, Frankreich und den Niederlanden die „doppelten Standards“ der Bundesregierung. Trotz Atomausstiegs würde sie durch unbefristete Brennelementelieferungen die Atomkraft international weiter unterstützen. Kritik, die das Bundesumweltministerium mit Blick auf die nationale Souveränität und die alleinige Verantwortung der jeweiligen Staaten zurückweist. Es prüfe aber aktuell, wie Exporte in Anlagen mit zweifelhafter Sicherheit rechtssicher unterbunden werden könnten. Nicht genug für die Demonstrant/-innen, die sich beim „Die-in“ wie tot vor das AKW Emsland legten mit der Forderung, alle deutschen AKW sowie die Brennelementefabrik in Lingen und die Urananreicherungsanlage in Gronau umgehend stillzulegen.

Genau 350 Initiativen, Verbände und Parteigliederungen fordern inzwischen mit der Resolution „Atomstandort Lingen nicht länger tolerieren“ von der niedersächsischen Landesregierung und der Bundesregierung die sofortige Stilllegung des AKW Lingen 2 („Emsland“)



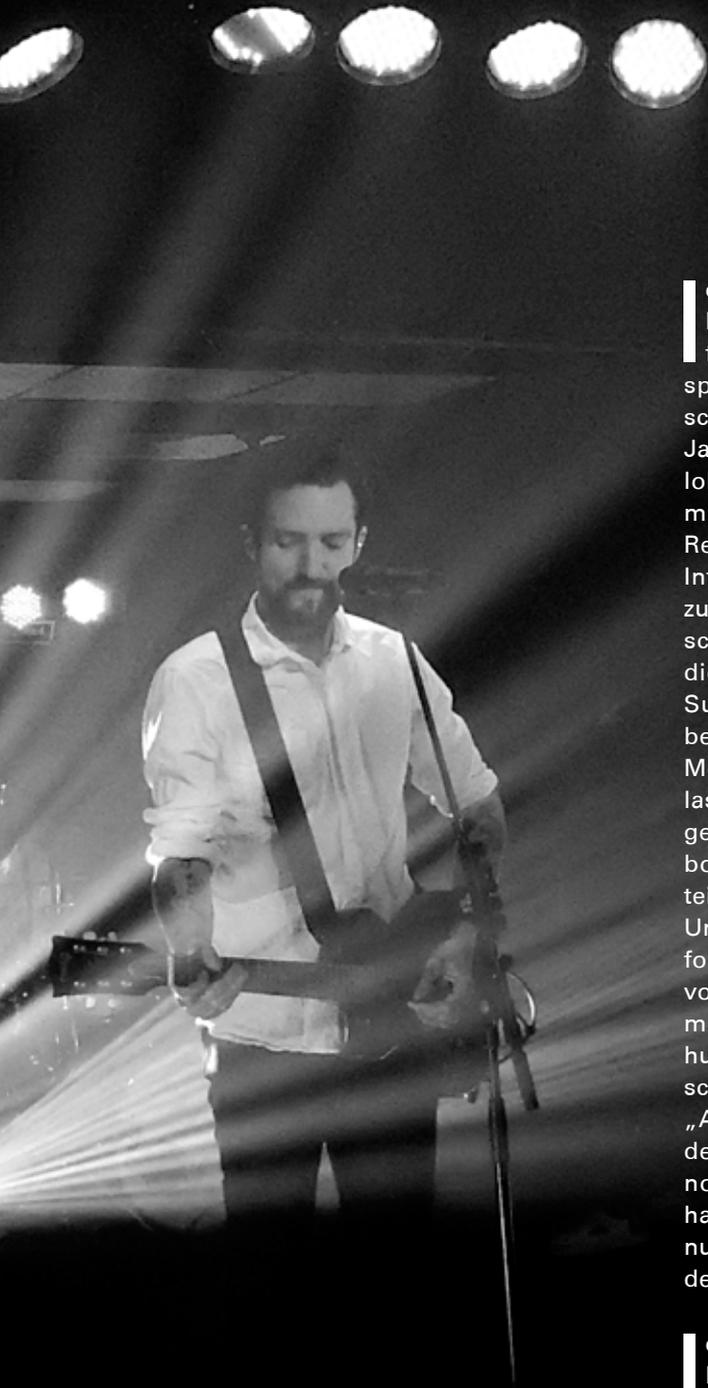
sowie der Brennelementefabrik Lingen. Die 350 Organisationen sind sich einig, dass die Zeit für einen echten Atomausstieg auch im Emsland mehr als reif ist! Unterschrieben wurde die Lingen-Resolution vor allem von Organisationen aus Niedersachsen, aus Nordrhein-Westfalen sowie aus den Niederlanden und Belgien. Im Text der Resolution heißt es unter anderem: „Lingen ist ein international bedeutender Atomstandort im Emsland. Noch bis 2022 soll das AKW Lingen II („Emsland“) weiterlaufen, die benachbarte Brennelemente-

fabrik (...) sogar zeitlich unbefristet. Von Atomausstieg ist in Lingen keine Spur. (...) beide Atomanlagen sind inzwischen altersschwach (...)“

Die Forderungen der Anti-Atomkraft-Bewegung werden auch von der breiten Bevölkerung unterstützt. Eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des Münchener Umweltinstituts hat im Mai ergeben, dass etwa zwei Drittel der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen die Stilllegung der umstrittenen Uranfabriken in Gronau und Lingen fordern. (pm)

Frank Turner
The Lifeboat

Gedanken zum Songtext
 von Nora Krohn



Ich liege in der Hängematte und lasse meine Gedanken schweifen. Sie landen bei einem Gespräch über die derzeitige „Abschiebewelle“. Nach knapp zwei Jahren ist wohl Schluss mit der gelobten wie belächelten Willkommenskultur. Der erschreckende Rechtsruck wird genutzt, um alle Integrationsmaßnahmen zurückzufahren und massenweise Menschen abzuschieben. Menschen, die hierher flüchteten – auf der Suche nach einem freieren Leben oder überhaupt einem Leben. Menschen, die teils alles zurücklassen mussten oder denen alles genommen wurde – geraubt, zerborst, ermordet. Menschen, die teils tief traumatisiert sind – von Unterdrückung, Krieg, Terror, Verfolgung, Folter, Flucht. Ausgezehrt von über Jahre andauernder permanenter existenzieller Bedrohung. Wie kann man diese Menschen abschieben?!

„Abschieben“. Was für ein widerwärtiges Wort – weder Wort noch Handlung dürfte es überhaupt noch geben. Was passiert nur in diesem Land, in Europa, in der Welt?

Ich bin mit dieser Frage nicht allein. Frank Turner reibt die aktuelle Lage offenbar ähnlich auf, denn er hat seiner Verzweiflung an der Menschheit sein neues Album gewidmet, das schon im Titel den zentralen Appell trägt: *Be More Kind*. Ich kann allen nur ans Herz legen, in das ganze Album hineinzu hören, dessen Songs das Thema auf verschiedene Weisen beleuchten, besingen, beweinen und beschreien. *The Lifeboat* scheint mir das umfassendste, das die (potenzielle) historische Dimension unserer akuten Gegenwart aufdeckt.

Der studierte Historiker zeichnet in *The Lifeboat* ein mythisch anklingendes Szenario in den Schattierungen traditionsreicher Metaphoriken und nimmt uns mit auf eine Reise, fordert uns auf, mit ins Boot zu steigen. Der Ausgangspunkt dieser Reise ist zutiefst finster. Turners sonst so rockige Stimme ist derart zurückgenommen, getrübt und betrübt, dass man sie kaum wiedererkennt. Ebenso die Musik, fast verhalten im Hintergrund. Zunächst eine beinahe solistische Gitarre, lediglich mit einem leisen, jedoch unruhig machenden Beat unterlegt. Nachdem Turner den Status quo in unheilsschwangeren Bildern skizziert, kündigen tiefe Streicher eine Wendung an, die der Refrain einlöst. Der Aufbruch beginnt – Musik und Text reichen sich die Hand und hissen die Segel. Turners verdunkelte Stimme klart auf, ein Instrument nach dem anderen springt auf. Mit jeder Strophe nimmt der Song mehr Fahrt auf. Das Schlagzeug treibt voran, die Violinen streichen die Wellen unterm Bug in dramatische Höhen. Man fühlt sie förmlich unter sich und sieht vor sich den hoffnungsumwobenen Horizont.

Was Frank Turners Song nachdrücklich klar macht, was ich von Tag zu Tag mehr fühle – wir befinden uns an einem Wendepunkt in der Geschichte. Eine neue Zeit steht vor der Tür. Doch wie diese noch ungeborene Zeit, diese neue Welt aussehen wird, liegt in unseren Händen. Noch ist es an uns, mitzuwirken, in welche Richtung es gehen wird – mit jeder unserer Handlungen, jeder unserer Entscheidungen, vielleicht gar mit jedem unserer Worte.

There's a shadow across the land.
There's a hatred and a hunger,
and it's hard to understand
How we fell so far from where we began.

There's a stumble now in our step.
There's blood in the phlegm,
there's a lump in the breast,
There's a smell of sickness on our breath.

There's a dread deep down in our bones.
Something is finished, abandon your homes,
And strike out into the great unknown.

But there are no new continents to be found,
No new frontiers to cross, no gold in the ground.
Stay with the boats lest ye be drowned.

*Save what you can;
Behind us, the old world in flames.
Lower the lifeboats, Take the tiller, Steer the way.*

There are stories now worth being told.
There are victories to grasp more valuable than gold
That we will speak of to our children when we're old.

There are battles now worth being fought.
There are lessons to be learned and later to be taught.
There are soldiers on the field who can't be bought.

There's a clarity now in our view.
From the prow we see far, all that's old now is new.
Free at last, we know what we must do.

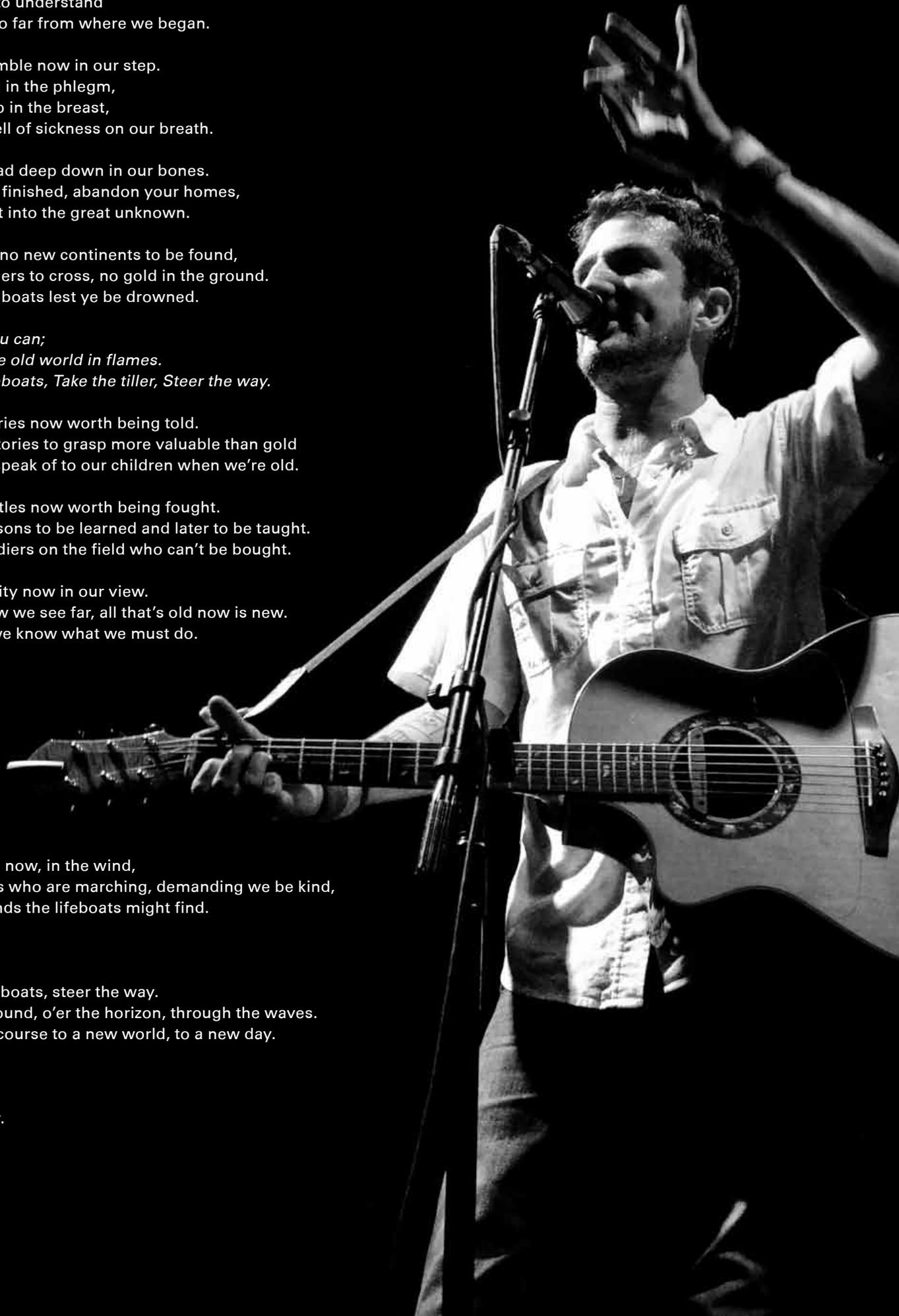
There is hope now, in the wind,
In the millions who are marching, demanding we be kind,
In the new lands the lifeboats might find.

Refrain

Lower the lifeboats, steer the way.
Find surer ground, o'er the horizon, through the waves.
Steer a clear course to a new world, to a new day.

...

Steer the way.



GORLEBEN RUNDSCHAU

vor 25 Jahren

J U L I 1993



Das Endlagerbergwerk im Salzstock Gorleben

Am 31.12.1992 wurde der neue Hauptbetriebsplan mit erheblichen Einschränkungen zugelassen. Befristung: Ende 1993. Der wasserdichte und druckfeste Ausbau der beiden Schächte ist erlaubt, das weitere Abteufen dagegen nicht. Schacht 1: Im März 93 war in 345 m Tiefe das Aufstandsfundament für die bis zur Oberfläche reichende Schachtröhre fertig betoniert. Erst wenn diese Röhre vollständig aufgebaut ist, können die Gefriermaschinen für den Frostkörper (voraussichtlich im September) abgestellt werden. Schacht 2: Die Endteufe sollte im Mai 93 erreicht worden sein. Das Betonfundament wird laut Angabe der BLG im Jahr 1993 nicht fertig.

Das Salz darf auf der eigens zu diesem Zweck angelegten Salzhalde zwischen Gorleben und Gartow nicht gelagert werden. Vorwiegend bei Nacht wird es über die Strecke Gorleben - Gedelitz - Trebel in Richtung Salzwedel nach Morsleben transportiert.

Die Bundesregierung hält an der Eignungshöflichkeit des Salzstockes fest, obwohl sich im Schacht 1 wiederholt Risse gebildet hatten.

Dagegen erwarten die Atomgegner, daß es keinerlei Betriebsplanzulassungen für den Weiterbau der Schächte seitens der Niedersächsischen Landesregierung geben dürfe:

Gerhard Schröder und Monika Griefahn könnten sich nicht auf das Weisungsrecht Herrn Töpfers berufen, denn die bergrechtliche Zulassung sei Landessache!

Mahnbescheide

(Gebühren allein: 675 DM) stellte das Landgericht 14 Atomkraftgegner/innen zu. Das Bundesamt für Strahlenschutz verlangt 126 901,10 DM Entschädigung als "Ersatz für Stillstands-, Reparatur-, Material- und Personalkosten."

Im Juni 1990 hatten 14 Atomgegner/innen die beiden Fördertürme innerhalb des Endlagerbergwerkes erklettert und mit großflächigen Transparenten gefordert: "Letzte Schicht / Schacht dicht" und "Gorleben Stop - alle AKWs stilllegen!"

Ein Verfahren vor dem Amtsgericht Dannenberg war seinerzeit gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt worden. Die BI sagt: "Das ist eine Kampfansage Töpfers gegen den gesamten Widerstand im Landkreis, gegen Bürgerprotest und kommunale Gremien wie den Kreistag, der Gorleben eine Absage erteilt hat." Die finanziellen Forderungen seien angesichts der monatelangen Stillstandszeiten nach dem Knacks im Schacht 1 (1987) oder den Laugenzuflüssen (1992) ein Hohn. Der Kostenbescheid müsse unverzüglich vom Tisch: "Jetzt, wo niemand mehr auf den Salzstock Gorleben als Endlager für hochaktiven Müll setzt, will das Bundesamt noch einmal zuschlagen und Widerständler ruinieren. Lenkt Klaus Töpfer nicht ein, so ist jetzt schon klar: bei Zahlung von 126 901,10 DM haben wir noch etwas gut!"

Die Castorhalle des Zwischenlagers

ist noch immer leer - und das seit 10 Jahren! Dieser Jahrestag soll gefeiert werden vom 10.9. bis zum 10.9.93 vorm Zwischenlager und auf den Straßen. Gäste aus ganz Deutschland werden erwartet. "Nach wie vor und nicht nur hier werden wir wohl vorbereitet sein auf den Tag X des ersten Castortransportes."

Kleiderordnung in der Bürgerschaft

Das nackte Grauen

Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft will eine Kleiderordnung. Abgeordnete Klamotten die Würde des Parlaments achten.



Nur nackt sind alle Menschen gleich: Anti-Atom-Aktivist*innen machen es vor

Foto: dpa



Dass ein Artikel über die Kleiderordnung für Abgeordnete ausgerechnet mit dem Titelblatt des wendländischen Bauernkalenders bebildert wird, ist dem ironischen Tenor des Beitrags geschuldet. Die ursprünglichen Gründe für die Produktion des Kalenders waren: Protest und das Erlangen von Aufmerksamkeit. So wie es John und Yoko, Uschi und Rainer in den 60er-Jahren vorgemacht hatten. Und so, wie es seitdem hundertfach eingesetzt wurde, mal professionell gegen das Tragen von Pelzen, öfter noch spontan wie beim G8 in Kühlungsborn. Nackter Protest, das suggeriert: „Zur Verhinderung eures Tuns

machte ich mich schutzlos und verletzlich!“ Nacktheit gegenüber dem behelmt und bewehrten Machtapparat des Staates vermittelt zudem Stärke aus einer Position der Schwäche: Wenn ganze Hundertschaften nötig sind, um Nacktedeis zu überwältigen, hat das System ein Problem.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

e-Ventschau 2018

6. Benefiz-Open Air in Ventschau

für die Kinder von
Tschernobyl und Fukushima

27. Juli ab 17:00 h
28. Juli ab 14:00 h



Tickets unter e-ventschau.de

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

